

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 21. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes.

IV. (Schluß.)

Von den sonstigen Ausführungen Hoffmanns sind vielleicht praktisch weniger bedeutungsvoll, aber doch für den Geist der geplanten „Reform“ überaus charakteristisch die Bemerkungen, in welchen gesagt wird, daß und warum an den bestehenden Vorschriften über die Gründung von Krankenkassen-Verbänden festzuhalten, also die Bildung von Verbänden, die über den Bezirk einer Aufsichtsbehörde hinausgehen, auch künftig nicht zu gestatten sein wird. Damit setzt sich Hoffmann zunächst in Widerspruch mit dem Loblied, das er auf die „Centralisation“ und ihren Einfluß auf die „gesteigerte Krankenfürsorge“ gefungen hat; denn die Bildung solcher Verbände stellt doch im Grunde eine über die Grenzen des Gemeindebezirks hinausgehende Centralisation dar und sollte daher nur freudig begrüßt werden. Wenn dann weiter Hoffmann seine ablehnende Haltung damit begründet, daß „alleiniger Zweck“ solcher Kassenverbände „die Abhaltung von Verbandstagen ist, wo über allgemeine, zum Teil in recht losem Zusammenhang mit der Krankenversicherung stehende Fragen diskutiert wird“ und daß „ein greifbarer Nutzen“ für die einzelne Kasse selbstredend aus diesen Erörterungen nicht erwächst, es tritt darin wieder einmal der Gegensatz zwischen Reichsversicherungssamt und preussischem Handelsministerium öffentlich zu Tage. Das Reichsversicherungsamt ist anerkennend über die Bedeutung solcher Verbandstage ganz anderer Meinung, denn es entsandte im Jahre 1899 zur Jahresversammlung des Central-Verbands von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich einen eignen Vertreter, den Regierungsrat Dr. Klein nach Hannover, der nicht allein den Verhandlungen als aufmerksamer Zuhörer folgte, sondern sich auch aktiv an den Erörterungen beteiligte. Und das, trotzdem dieser Orts-Krankenkassenverband sich nicht auf den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde beschränkt, sondern ganz Deutschland umfaßt, der Vertreter des Reichs-Ver sicherungsamts sich also, nach einem Ausspruch des Genossen Dr. Friedeberg, „einer Gesetzeswidrigkeit intellektuell mitschuldig“ machte.

Freilich wunderbar ist diese Stellungnahme der preussischen Regierung nach ihrer sonstigen Haltung nicht. Diese größeren Verbände haben ja schon bisher trotz der Beschränkung, welche ihnen die Gesetzgebung auferlegte, den Vertretern der versicherten Arbeiter Gelegenheit, gemeinsam über Abänderungen der Versicherungs-gesetzgebung zu beraten und zu Reformplänen der Regierung Stellung zu nehmen. Diese Verbände bildeten also eine Art Gegen-gewicht gegen den „Centralverband deutscher Industrieller“ usw., dessen Stellungnahme zu den Versicherungsgeetzen ausschließlich durch das Unternehmerinteresse beeinflusst wird. Daß bei der freundlichen Haltung der Regierung gegenüber den Industriellen — „wir arbeiten ja nur für Sie, meine Herren“ — es ihr nicht erwünscht sein kann, diesen Kassenverbänden die gesetzliche Grundlage und damit die Möglichkeit einer gesteigerten Tätigkeit zu geben, ist klar. Um so mehr aber sollten bei der Reform des Kranken-versicherungs-Gesetzes die Arbeitervertreter demüht sein, jene lästige Beschränkung zu Falle zu bringen, und damit den in den Krankenkassen organisierten Arbeitern das Recht zu verschaffen, welches die in den Berufs-genossenschaften organisierten Unternehmern längst besitzen.

Die Einteilung der Mitglieder in Lohnklassen wird selbstverständliche Voraussetzung der Centralisation sein müssen; es kann ja nicht der Zweck der Vereinigung sein, die gesamte Arbeiterschaft eines Gemeindebezirks auf das Niveau der am schlechtesten

bezahlten Arbeiter herabzudrücken. Der Lohn sollte innerhalb der für die Versicherungspflicht vorgesehenen Grenzen voll zur Anrechnung kommen, da es ohnehin, namentlich vom hygienischen Standpunkt, tief bedauerlich ist, daß das Krankengeld stets nur einen Bruchteil — meist die Hälfte — des sonst üblichen Arbeitsverdienstes darstellt, während der Kranke im allgemeinen einer besseren und daher auch teureren Pflege bedarf, als der Gesunde. Die Wöchnerinnen-Unterstützung auf sechs Wochen auszudehnen, und eine eben so lange Arbeitspause obligatorisch zu machen, erscheint vom hygienischen Standpunkt unbedingt angezeigt, wie es auch notwendig ist, der hochschwangeren Frau die Erwerbsarbeit zu unterlagen und sie dafür durch Gewährung von Krankengeld angemessen zu entschädigen.

Die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf land- und forstwirtschaftliche und unständige Arbeiter, sowie auf das Gefolge entspricht einer alten Forderung unserer Partei. Bedauerlich ist nur wieder, daß zur Schonung des patriarchalischen Verhältnisses und, was noch schlimmer ist, zur Entlastung der Arbeitgeber“ die Befreiung der Arbeiter von der Versicherung unter gewissen Umständen zulässig sein soll. Daß die „Entlastung der Arbeitgeber“ in diesen Fällen nur durch Verschlechterung der Krankenfürsorge möglich ist, darüber wird sich Hoffmann angefaßt seiner durch aus zutreffenden Auseinandersetzung über die Vorteile der Centralisation nicht zweifelhaft sein können. Wo der Kleinbetrieb spart, kann es nur auf Kosten der Qualität möglich sein. Und so schädigt dieses Entgegenkommen gegen die Arbeitgeber wieder einmal die lebenswichtigen Interessen der versicherten Arbeiter.

Von einer Verbesserung der Hoffmannschen Ausführungen über die Kassenarzfrage sehen wir für heute ab. Von dieser Frage abgesehen haben wir dann die wichtigeren Punkte aus Hoffmanns Vortrag betrachtet, und es bleibt nur noch übrig, einen Rückblick auf das Gesamtbild zu werfen und die Frage zu streifen, was die Arbeiterschaft, was insbesondere die Krankenkassen und ihre Mitglieder zur Abwehr der drohenden Gefahr unternehmen können.

Man scheint in maßgebenden Kreisen auch bei der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz an dem altbewährten Verfahren festhalten zu wollen, notwendige Verbesserungen des Krankenversicherungs-Gesetzes nur dann zu erwirken, wenn gleichzeitig einige Verschlechterungen — das heißt Umgestaltungen des Gesetzes im Unternehmerinteresse — bewilligt werden. Wie bei der Beratung des Invaliditätsgesetzes im Jahre 1897 wird die Regierung sich dagegen sträuben, daß ihr „die Korinthen aus dem Kuchen“ genommen werden. Es wird also voraussichtlich auch diesmal so kommen, daß unsere Partei schließlich vor die Frage gestellt wird, ob mehr Vorteile als Nachteile geboten werden, und daß sie danach die Frage: Annehmen oder Ablehnen? entscheiden muß!

Nun liegt die Sache so, daß einer der Hauptvorteile, welche die Novelle nach den Ausführungen Hoffmanns bieten soll, die Centralisation auch nach dem heutigen Stande der Gesetzgebung annähernd in demselben Umfange erreichbar ist, wenn nur die Arbeiterschaft den festen Willen hat, alle heimlichen Widerstände, welche bisher diesem Plane entgegenstanden, beiseite zu lassen und durch energischen Entschluß auf diesem Gebiete einen praktischen Beweis für die so oft betonte Solidarität der Arbeiterschaft zu liefern. Je thätiger die Krankenkassenmitglieder die Zeit, welche noch bis zur Einbringung der Krankenversicherung-Novelle bleibt, zur Förderung der Centralisation ausnützen, um so mehr werden unsere Genossen bei der Schlussabstimmung die Vorteile, welche der Entwurf bietet, bewerten können, und um so stärkeren Widerstand werden sie allen Verschlechterungen, insbesondere der Entziehung der Arbeiter, entgegenlegen können. Denn darüber kann ja wohl ein Zweifel nicht bestehen, daß die Centralisation, teils durch die Ersparnisse, die sie be-

wirkt, teils durch die Zusammenlegung der günstigen und der ungünstigen Gefahrenklassen, die Ausdehnung der Unterstützungs-baue wesentlich erleichtern, ja vielleicht mitunter nur geringfügigen Erhöhung der Beiträge durchführbar machen wird. Dann aber wäre auch der zweite wesentliche Vorteil des Entwurfs, die obligatorische Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen, ihrer Hauptbedeutung entkleidet, und es wäre abermals unseren Genossen der Widerstand gegen die arbeiterfeindlichen Bestimmungen der Novelle erleichtert.

In dieser praktischen Tätigkeit, in dem freiwilligen Ausbau der Krankenfürsorge, liegt zugleich die beste Waffe gegen jede Verschlechterung des Gesetzes, gegen jede Minderung der Rechte der Arbeiter. Indem die versicherten Arbeiter und ihre Vertreter in den Kassenverwaltungen in diesem Sinne wirken, widerlegen sie zugleich die Behauptung Hoffmanns von dem „Mißbrauch der Kassenverwaltungen“ usw. Die Arbeiterschaft würde damit den Beweis erbringen, daß sie fähig ist, ihre eignen Angelegenheiten, so wie es sich gehört, zu verwalten und daß es daher ein schreiendes Unrecht wäre, sie auch auf diesem Gebiet behördlich bevormunden zu lassen.

Neben dieser Propaganda durch die praktische Tätigkeit sollte auch die eigentliche Agitation gegen die Verschlechterungen des Gesetzes nicht unterbleiben. Es sollten namentlich die Kassen es sich angelegen sein lassen, Material zu sammeln, durch welches die Schädlichkeiten der geforderten Änderungen bewiesen werden können. Insbesondere fehlt bisher — um nur zwei Beispiele herauszugreifen — ausreichendes statistisches Material, welches die Schädigung der Orts-Krankenkassen durch die Errichtung von Betriebs- und Junungs-Krankenkassen und die damit verknüpfte Herausnahme der gesunden und kräftigen Arbeiter nachweist. Es fehlt ebenso ausreichendes statistisches Material über die Belastung der Krankenkassen durch die Fürsorge für die Unfallverletzten, und doch wäre gerade dies Material von wesentlicher Bedeutung bei Erörterung der Frage, ob den Arbeitgebern ein vermehrter Einfluß auf die Kassenverwaltung zugestanden werden soll oder nicht.

Ueber diese und ähnliche Fragen sollten die Krankenkassen bald-thätigst möglichst umfangreiches Material sammeln und es an eine Centralstelle einleiten, der dann die einheitliche Verarbeitung derselben obliegen würde. Auf der vorjährigen Berliner Krankenkassen-Konferenz, auf welcher annähernd ein Viertel der versicherten Arbeiter durch Delegierte vertreten war, ist als eine solche Centralstelle die „Central-Kommission der Krankenkassen Berlins“ bestimmt worden, und dieser wäre dies Material und eventuell auch anderweitige Wünsche, betreffend die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes, zu unterbreiten. Der Hoffmannsche Vortrag zeigt ja den Krankenkassen, was ihnen droht, wenn sie sich nicht energisch zur Wehr setzen.

C. F.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juni.

Polizei, Verfassung und Gesetz. In Anknüpfung an das Verbot, welches das Polizeipräsidium jüngst über eine von den Antisemiten zur Erörterung des Königer Rodes berufene Versammlung verhängt hat, wird von den „Berl. Neuigkeiten“ nach einem neuen Umsturzgesetzelekt gefragt. Das Organ der Großindustriellen will ausgeben, daß das ganze Versammlungsrecht der Willkür der Polizei ausgenommen wäre, wenn es der Polizei zustände, lediglich wegen der Natur der zu verhandelnden Gegenstände eine Versammlung aus vermeintlichen Gründen der öffentlichen Sicherheit zu verbieten. Deshalb sei der Weg der „ergänzenden Gesetzgebung“ notwendig. So lange das nicht geschehe, könne man der Polizei nicht verdenken,

*) Berlin SO., Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus).

Sociales aus Konig.

König, den 20. Juni 1900.

„Eccellens“ Levy steht jetzt nachmittags manachmal wieder ein Viertelstündchen vor der Thür seines Hauses. So hat der Königer Wig das kleine schwächliche und verschüchterte graue Männchen getauft, weil er einen Posten vor der Thür stehen hat und nur unter militärischem Schutze ausgehen und über Land fahren darf. Er hat sein Gewerbe aufgeben müssen und will nach Berlin übersiedeln, sobald er sein Häuschen verkauft hat. Dort hin wird ihn auch der Prozeß führen, den er gegen die „Staatsbürger-Zeitung“ wegen Beleidigung durch Abdruck der sogenannten Schlußschrift des Schlichters Hoffmann angestrengt hat.

In König und in den andern kleinen Roubstädten und Flecken der Gegend ist jetzt alles ruhig. Aus Brandenburg und Ostpreußen sind ein paar Dutzend Gendarmen in den Kreis beordert und in die Ortschaften und Dörfer verteilt worden. Die Jahrmärkte werden verboten, um das Zusammenströmen der Landbevölkerung zu verhindern. Diese Maßregel ist aber äußerst bedenklich und kann nur Gel und Feuer geben. Die Viehmärkte, die mit den Jahrmärkten verbunden sind, bedeuten für viele Bauern und kleine Besitzer die einzige Möglichkeit, bares Geld ins Haus zu bekommen. Sie müssen Hypothekenzinsen und Steuern zu bezahlen, sie müssen die Warenaufgaben begleichen, die sie bei den Krämer haben, und so rechnen sie mit dem Verkauf ihres Kleinviehs, das sie jetzt nicht los werden. Da in der ganzen Gegend eine Misere zu erwarten steht, so sehen manche polnische, kasubische und deutsche Kleinbauern ihren Ruin vor Augen. Der Gerichtsvollzieher, der der Send-vote deutscher Kultur in den Kasubendörfern und Pustowien (Stellen) ist, wird seines Amtes walten. „Pfändowatsch“ sagen die Kasuben. Das ist eins der wenigen deutschen Worte, die in ihre Sprache gedrungen sind. Das Verbot der Jahrmärkte aber wird den Juden auf Rechnung gestellt.

Die nationalen Gegenläge spielen auch ihre Rolle in den Vorgängen der letzten Zeit. Gerade im Kreise König-Zuchel liegt der mit dem Centrum verbündete Polonismus mit den Galatisten in

hartem Kampf. Der Reichstags-Wahlkreis befindet sich in polnischen Händen. Bei der Landtagswahl aber ist der nationalliberale Gutsbesitzer Osander mit einer Stimme Mehrheit über den polnischen Gegenkandidaten Sieger geblieben. Den Ausschlag gaben die liberalen Wahlmänner, zum größten Teil Juden, von denen manche bei den Wahlmännerwahlen mit Hilfe der Polenstimmen gewählt worden waren. Das hat große Erbitterung erregt, und die polnischen Blätter der Provinz, die „Gazetta Sdansta“ in Danzig und das „Thorner Blatt“, suchen seitdem im Verein mit dem ultramontanen „Westpr. Volksblatt“ die Antisemitenblätter im Gegenzu überbieten.

In der ganzen Gegend ist der gesellschaftliche und wirtschaftliche Boykott über die Juden verhängt. Die christlichen Kaufleute erzählen einem mit schmunzelndem Gesicht, daß ihre jüdischen Konkurrenten sich auf die Dauer nicht würden halten können. Kommt ein Käufer in den Laden, so erkundigt er sich vorsorglich, ob er auch in einem christlichen Geschäft sei. Das Urteil nach der Rasengestaltung ist doch zu trügerisch. Träger von Paleten, deren Umhüllung den Namen einer jüdischen Firma aufweist, werden enttäuscht gefragt: „Vom Juden? Vom Juden?“ Die jüdischen Schlächter, die vom Rindfleisch die Vorderviertel an ihre jüdische Kundschaft verkaufen, werden die Hinterviertel nicht mehr los und bieten das Pfund Ochsenfleisch jetzt schon mit 35 Pf. aus. Die jüdischen Geschäftsinhaber erhalten anonyme Briefe. Ich los folgenden: „Ich warne ihnen, das sie geben, sonst passiert was, rath ihnen, den es geht los!“ Die christlichen Viehhändler entlassen ihre jüdischen Angestellten. So steht seit einigen Tagen im „Königer Tageblatt“ folgende Annonce: „Der Verkäufer (der das Vieh unwürdigt und Hondgeld giebt) J. Heymann ist nicht mehr bei mir in Stellung. Emil Weydert“. Kein Wunder, daß solche Maßregelungen erfolgen, wenn in den Dörfern Jettel ausgelegt werden, wie folgender, der in Gostoczin angehängt war:

„Die Juden sind Mörder der Christen. Hepp! Hepp! Hepp! Raus mit dem jüdischen Ungeziefer nach Palästina“. So wird die sociale Unzufriedenheit der hungernden Räthner, Infulente und Anechte auf die Juden abgelenkt.

Die wohlhabenden Juden können sich den Drohungen und dem Boykott immer noch entziehen. Sie geben ihre Geschäfte auf und

ziehen fort. In vielen Orten des Kreises und in König selber sind die Ausverkäufe schon im Gange. In Zuchel ist ein Rabatt-Sparvereln in der Bildung begriffen, der den jüdischen Geschäften die Kunden entziehen will. In andern Städtchen und großen Dörfern werden von polnischer Seite Konsumvereine gegründet oder Zweigniederlassungen bestehender Konsumvereine geschaffen, die ausschließlich Manufakturwaren führen.

Am schlimmsten aber sind die jüdischen Proletarier getroffen. Die Hausierer wagen sich mit ihren Bäden nicht mehr aufs Land, obwohl sie doch von altersher daran gewöhnt sind, als Parasiten behandelt zu werden. Das Glasierhandwerk liegt fast ganz in den Händen von Juden. Auch sie trauen sich nicht mehr hinaus. Von christlicher Seite erhalten sie keine Aufträge mehr. In Gzerol, einem großen Fabrikdorf in der Umgegend von König, war ich in der Wohnung eines jüdischen Glasiers. Welches Elend! Die hager, draume Frau sitzt mit einem Säugling an der Brust und sechs weiteren Kindern in der finsternen, schmutzigen Küche um eine Schüssel Kartoffeln, die das Mittagbrot bildeten. Der Mann war nicht zu Hause. Ich wurde in die Vorderstube geführt, wo ein paar Betten, ein Tisch, ein paar Stühle und ein Schrank standen. Das war alles. Ein paar alte Tassen und eine emaillierte Blechkanne standen als Schmutz auf dem Schrank. An der Wand hingen in einer Ecke ein paar zerfetzte Kleidungsstücke. Kein Bild im Zimmer, keine Gardine am Fenster, nur kahle Armut. Daß man bei Juden war, zeigte nur ein Stückchen Wazze, das oben an die Kalkwand genagelt war. „Ja, es geht nicht gut“, sagte die Frau in singendem Ton, während in der Küche die Kinder schrien. „Wenn der Mann in der Woche 6 M. verdient, muß man schon zufrieden sein. Jetzt bringt er aber gar nichts mehr nach Hause“. Sie erzählte von Abweisungen, die er bei früheren Kunden erfahren habe. „Sie wollen vom Juden keine Arbeit mehr haben“. Und dann kam die uerschwöpfliche Klage, die man überall hört, aber die täglichen Beschimpfungen, in denen sich die christlichen Rathbarn gefallen. „Judenstänker“ ist noch der harmloseste Ausdruck. Das nimmt man weiter nicht läbel. Besonders beliebt ist jetzt die Geberde des Halsabschneidens.

Dabei ist es in Gzerol im Vergleich zu andern Orten noch am ruhigsten zugegangen. Kaum daß ein paar Fenstersteine eingeworfen

daß sie auf die veraltete Bestimmung des § 10 II, 17 A. L. R. ihr Verbot einer Versammlung stütze.

Die „Welt. Neuesten Nachr.“ suchen hier in dieselbe Kerbe einzuhauen, die Rosin und nach ihm die „Nordb. Allg. Ztg.“ vor einigen Jahren erfolglos verucht. Sie behaupten, daß die Polizei das Recht habe, sich über Befehle hinwegzusetzen, ja daß dies im „Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ notwendig sei. Das Organ der Großindustriellen vergißt, daß Preußen eine beschworene Verfassung hat und daß diese, nicht das Ermessen der Polizei, und die auf Grund der Verfassung erlassenen Befehle auch für die Polizei bindend sind. Nach Artikel 29 und 30 der Verfassung kann es nicht zweifelhaft sein, und ist vom Oberverwaltungsgericht in ständiger Praxis anerkannt (vergl. z. B. Entscheidungen vom 16. Oktober 1889 und 3. April 1894), daß die aus § 10 II, 17 abgeleitete Befugnis der Polizei gegenüber den Vereinen und Versammlungen durch die Verfassung und das Gesetz näher begrenzt ist. Danach darf die Polizei ihr Einschreiten gegen eine Versammlung nur auf das Vereinsgesetz stützen, falls das Einschreiten lediglich aus dem Grunde erfolgt, weil von dem Vereins- oder Versammlungsgesetz Gebrauch gemacht wird — wie es betriebs der Königer Versammlung der Fall war. Das Verbot dieser Versammlung war also ungesetzlich und verfassungswidrig.

Die Reaktionen suchen vergeblich sich darauf zu berufen, daß das Ober-Verwaltungsgericht auch wegen Feuersgefahr und dergl. erlassene polizeiliche Verbote von Versammlungen für gerechtfertigt erachtet habe. Diese Verbote erachtete das Ober-Verwaltungsgericht deshalb für gerechtfertigt, weil es von der auf dem Königer Fall durchaus unanwendbaren Grundfay ausging, daß das polizeiliche Einschreiten nicht lediglich um deswillen rechtmäßig wird, weil die Versammlungskustigen oder Versammlungsbesucher ihr Versammlungsrecht ausüben. Nach diesem Grundfay würde also jemand, der im Sinne der „Welt. Neuesten Nachr.“ die Polizei in einer Versammlung aufforderte, antimilitärische oder socialdemokratische Versammlungen zu verbieten, wiewohl er Versammlungsbesucher ist, wegen Aufforderung zum Bruch der Befehle und wegen größlicher Beleidigung der Polizei sistiert werden können.

Das Ober-Verwaltungsgericht hat den wiederholten Angriffen bisher standgehalten, die dahin gingen, es zu der Ansicht zu bewegen, den § 10 II 17 A. L. R. allgemein auf Versammlungen anzuwenden. So lehnte es belanntlich vor wenigen Jahren noch das Ansuchen ab, polizeiliche Versammlungskustigungen für gerechtfertigt zu erklären, die deshalb ergingen, weil der Beamte die polizeilich redenden Redner nicht verstand. Das Verbot der antimilitärischen Versammlung läßt sich durch das Gesetz nicht rechtfertigen. Die Veruche, es zu thun, gehen von der mit unserm Staats- und Verwaltungsrecht unvereinbaren Auffassung aus, daß die Polizei über Gesetz und Recht stehe, und daß ihr die Befugnisse zuzufehen, die in einer absoluten Monarchie dem absoluten Herrscher zustanden. Der Humor bei der Sache ist freilich, daß von solchem ungesetzlichen Verbot die reaktionäre, polizeifreundliche Antimilitärpartei getroffen wurde.

Der Krieg in China.

Was heute an Depeschenmaterial über China vorliegt steht unter dem Zeichen des vollständigsten Widerspruchs. Drahtungen, die bereits Ansichten auf das Zukünftige in China und die Wiederherstellung der Ruhe erwidern, stehen Telegramme gegenüber, die ein noch wütenderes Auslodern des Fremdenhasses verkünden. Man wird gut thun, beiden Lesarten die nötige Portion Skepsis entgegenzubringen. Handelt es sich doch bei den Nachrichten nicht um thatsächliche Meldungen, sondern um die Weiterverbreitung mehr oder minder, meist aber sehr wenig zuverlässiger Gerüchte, die auf chinesische Quellen zurückzuführen sind, die in Anbetracht der Verhältnisse nicht gerade als lauter anzusehen sind.

Zu den beruhigenden Nachrichten gehört in erster Linie die, daß Admiral Seymour mit dem internationalen Expeditionskorps nicht nach Peking zurückgekehrt sei, sondern im Gegenteile am 17. Juni Peking erreicht habe. Auch seien bei dem Eintreffen der internationalen Truppen die Gesandtschaften in Peking noch unverfehrt gewesen. Eine andre Meldung behauptete, daß auch die russischen Truppen Peking von zwei Seiten angegriffen hätten. Als Symptom einer günstigeren Entwicklung der Dinge wird ferner mitgeteilt, daß Li-Hung-Tschang eiligst nach Peking gerufen worden sei, was als Zeichen dafür angesehen werde, daß die Mandschu-Partei die Hoffnung aufgegeben habe, den Widerstand zu leisten. Die chinesische Presse verbreitet die Nachricht, die Regierung habe die Verhaftung des Generals Tung-Fu-Siang und des Viceregents von Petchili angeordnet und beide dem Strafgericht übergeben. Nachrichten, die ebenso gut wahr wie auf die Täuschung der Mächte berechnet sein können.

Das Fragezeichen ist freilich auch hinter jene Nachricht zu setzen, daß die Chinesen, Truppen und Volk, in Peking aus Erbitterung über die Zerstörung von Taku

worden sind. In Tzerst hat sich die Großindustrie angestellt, die ein Dorado der Ausbeutung dort gefunden hat. Große Holzbearbeitungsfabriken sind in den letzten Jahren gegründet worden und die Einwohnerzahl des Dorfes, das an der Ostbahn liegt, ist seit 1894 von 3000 auf 6000 gestiegen. Eine Zylinderfabrik, mehrere Sägemühlen, ein paar Goldbleichfabriken sind entstanden. Holz liefert die Tuzeler Heide und Menschenmaterial die Heimat der Sachfengänger. Fast 2000 Arbeiter, Männer und Frauen, fronden dort im Dienst des Kapitals. Die Arbeitszeit in den Fabriken dauert mit den Pausen 13 Stunden, die Löhne betragen 12—13 Pf. im Winter, 14—15 Pf. im Sommer für die Arbeiter. Die Arbeiterinnen gehen mit 80—90 Pf. täglich nach Hause. Wie da die Lebenshaltung beschaffen ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Hering und Kartoffeln und Fasel sind die Nahrung. Der Arbeiter liest nicht und denkt nicht, er ist der gehorsame Sohn der Kirche. Von dem selbstbenutzten Ringen der Arbeiterklasse hat er nie etwas gehört. Der Stummische Zukunftsstaat ist hier schon verwirklicht. Gelegenlich stellt der Fabrikherr durch Accordarbeit fest, wie viel bei äußerster Anstrengung geschafft werden kann. Dann verdienen die beneideten Auserwählten 3—4 M. täglich. Aber diese Heppigkeit dauert nur kurze Zeit, dann werden die Accordleistungen zum alten Tageslohn verlangt und die Intensität der Arbeit wird allgemein erhöht.

Im Ostfisch zu Tzerst klagten ein paar Gutsbesitzer der Nachbarschaft über die Leutenot. Knechte seien kaum noch zu erhalten, selbst wenn man dem verheirateten Knechte außer Wohnung und Feuerung 500 M. jährlich böte. Die Sachfengänger fähre die Jungen Durchen und Mädchen nach dem Westen. „Wie die Gräbinnen leiden sich die Mädchen, wenn sie zurückkommen mit 2—300 M. in der Tasche“, rief ein alter Sägemühlbesitzer. „Fürs Fressen wird nichts ausgegeben, höchstens für Schnaps, aber Hülse müssen die Frauenzimmer tragen und Bänder und Schleifas.“

Die Klage über Arbeitermangel hörte ich auch von Königer Handwerksmeistern. „Alle wollen nach Berlin“, klagte ein Tischlermeister. „7 Gesellen könnte ich beschäftigen, aber 3 habe ich nur. Von Kost und Logis wollen sie auch nichts wissen.“ „Was zahlen Sie denn?“ „Na, 6 M. die Woche, wenn der Geselle bei mir wohnt und ist. Da spart er noch. Und 16 M. sonst.“

sämtliche Fremden in Taku samt ihrem Personal ermordet hätten. Die Gesandtschaften hätten den verzweifeltsten Widerstand geleistet, sich aber schließlich wegen Ausgehens der Munition ergeben müssen. Die Chinesen hätten die größte Todesverachtung an den Tag gelegt.

Die Rüstungen der Mächte dauern in vorgrößertem Maßstabe fort.

Deutsches Reich.

Centrumsstimmen.

Einen Rückblick auf die verlossene Session des Reichstags werfen die „Centrumsblätter. Rheinische Volksstimme“ und „Kachener Volksfreund“.

Die „Volksstimme“ schreibt: „Die Flottenfrage thun so, als ob der Reichstag in dieser Frage dem Zwang einer elementaren Volksstimmung gefolgt sei, welche die Mehrheit des derzeitigen Parlaments im Falle einer Ablehnung zermalmt haben würde. Schreiber dieses steht mitten im Walle und würde wissentlich die Unwahrheit sagen, wenn er schreiben würde, er habe vor der Flottenbegeisterung der Massen etwas bemerkt. Für die Flotte begeisterten sich dieselben Leute, welche jeder Vermehrung des Militarismus zuzujubeln pflegen. Eine Auflösung des Reichstags infolge der Ablehnung der Flottenvorlage würde für ihre Gegner nur von Vorteil gewesen sein.“

Der „Volksfreund“ geht mit den Centrums-Abgeordneten sehr scharf ins Gericht. Nachdem er seine Meinung über die schwere Belastung des Volks geäußert und die Stellung der Mehrheit des Reichstags zu dem Flottengesetz von 1898 und der Militärvorlage von 1899 erörtert, fährt er folgendermaßen fort:

„Doch, was hier vorging, war das reinste Kinderspiel im Vergleich zu den Vorgängen bei der neuen Flottenvorlage. Sie sind noch in aller Gedächtnis. . . noch im Dezember gab es im Reichstag noch kein Duzend Leute, die an die Notwendigkeit der Flottenvermehrung glaubten.“

Unter der Entwicklung eines, durch einen mächtigen Einzelwillen verursachten Drucks und des landauf landab betriebenen Flottenrummels, sowie der der servilen „nationalen“ Presse kam der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten nach und nach die nötige „Erleuchtung“, die dann im April so weit vorgeschritten war, daß man sagte, das *sio volo, sio jubeo* — so will ich's, so befehle ich's — sei manchen Leuten ganz erschrecklich in die Glieder gefahren. . . Vom Centrum hat immerhin etwa ein Drittel die jetzt angenommene Vorlage nicht gutgeheißen, was nach all' den Treibereien, die in der Centrumsfraktion zu Gunsten der Flottenvorlage offen und im geheimen veranstaltet wurden, fogar angenehm überraschen muß. . . Die in der abgeschlossenen Reichstags-Session gemachten Wahrnehmungen eröffnen einen trüben Ausblick in die Zukunft; sie lassen die Zeit vorandsehen, da es eine Opposition gegen Militär- und Marineforderungen, von den Socialisten und einigen Freisinnigen und Demokraten abgesehen, — im Reichstag überhaupt nicht mehr geben wird.

Wie häufig verneinten gewisse politische Reumutwillen, die Lavine des Militarismus und Marinismus zum Stillstand bringen zu können, wenn sie das meiste von den Flottenforderungen bewilligen, die neuen Anlaidsschiffe oder streichen würden! Sie dachten damit einen „schönen Ausgleich“ zwischen dem „Notwendigen“ und dem Ueberflüssigen“ geschaffen zu haben! Und nun haben diese naiven Parlamentarier noch nicht die Reife, schuhe ausgezogen und noch nicht zur Ruhe von ihren Arbeiten und Kompromißstimmungen auf den aus dem Reichstags mitgebrachten „Vorbeeren“ daheim sich niedergelassen, — da tönt ihnen von höchster Stelle die Mahnung entgegen: das Versäumte nachzuholen, bald das begonnene Werk zu krönen, d. h. was jetzt im Reichstag noch abgelehnt wurde, in nicht ferner Zeit auch zu bewilligen! . . .

Wir meinen, daß volksfreundliche Abgeordnete viel richtiger handelten, wenn sie sich die Maxime des Prinzen Ludwig von Bayern zum Leitmotiv wählten, als den Will auf einen Einzelwillen, der schließlich eine Aera eines neuartigen Absolutismus über Deutschland heraufführen wird, wenn aus dem Volke selbst nicht eine energische Gegenwehr mehr und mehr sich herausbilden wird. Auf die Mehrheitspartei ist in diesem Sinne gar nicht mehr zu rechnen.“

Zum Schluß liest er noch dem Kaplan Dabach und Dr. Hille, Vertreter für Wachen-Stadt und Land, gehörig den Zeug, weil sie für die Flottenvorlage eingetreten sind.

Dummer Schwach. In einigen nationalliberalen Blättern findet sich der drohliche Versuch, das Fehlen einiger socialdemokratischer Abgeordneter bei der Schlussabstimmung über die Flottenvorlage durch Gründe besonderer Art zu erklären. Da Schypel im stenographischen Bericht der letzten Reichstags-Sitzung als erkannt, v. Bismarck als entschuldigend und Heine neben Haase und Klotz aber unentschuldigend fehlend angegeben werden, so wird die Möglichkeit erfaßelt, es könne „Verständnis“ für die Wehrkraft“ dahinter stecken. Derselben Blätter, die sich an solch lustigen Vermutungen ergöhen, geben sich zugleich Mühe, zur Entschuldigung flottenfreundlicher Abgeordneter, die ebenfalls bei der Schlussabstimmung fehlten, festzustellen, daß diese bei der namentlichen Abstimmung über § 1 des Flottengesetzes

In ganz Konig werden 5—600 Arbeiter, gelernte und ungelernete, vorhanden sein. Die Löhne sind etwas höher, als in Tzerst. So verdienen die Maurer, bei einer Arbeitszeit von morgens 6 bis 7 Uhr abends 3.25—3.50 M. täglich, während die Bauarbeiter 2 M. erhalten. Dieser Satz ist die Regel für ungelernete Arbeiter, für das „gewöhnliche Volk“, wie man in Konig sagt. Es haust in den „Hohen Höfen“, einer krummen Straße, die sich über einen Hügel etwas entfernt von der eigentlichen Stadt hingieht. Die Arbeiterfamilien wohnen in einer einzigen Stube, die als Wohn-, Schlaf- und Kochraum dient. Dafür müssen sie 28—30 Thlr. jährlich zahlen. Die Kindersterblichkeit ist groß. Ein einjähriges Kind sah ich an einem schwarzen, in den Schmutz gefallenen Kartoffelloch saugen. Die Familien, die noch über einen Stall für eine Biene verfügen, sind zu zählen.

Wasserleitung hat die Stadt nach den Hohen Höfen nicht gelegt. An dem einen Brunnen standen scharenweise Frauen und Kinder mit Eimern und Kannen und warteten, bis die Reihe an sie kam. Wasser ist überhaupt ein rarer Artikel in Konig. Das Wasser aus dem verschlammten und verwachsenen Mönchsee ist unbrauchbar, und der große Mühlendorfer See mit seinem klaren Sandgrunde liegt mehrere Kilometer ab.

Wer in Konig ein Bad nehmen will, muß ins Krankenhaus gehen. Aber die Erkrankung am Reinlichkeitsbedürfnis kommt bei Christen wie Juden nur selten dort vor.

Noch immer liegt das Militär in unerminderter Stärke in der Stadt. Aber es amalgamiert sich mit der Bevölkerung. Es giebt am Abend kaum eine Hausfhar, an der und hinter der nicht Soldaten mit feisch ertragenen Bräuten ständen. Und die Bürgermädchen flanieren eifrig denn je durch die Straßen. Die Schloßhauer- und Danzigerstraße sind die Hauptpromenade. Zwischen 8 und 10 Uhr abends steht es dort so aus, als wenn ein Riesensoldatenpensionat ununterbrochen spazieren geföhrt würde. Die Duennen fehlen freilich, aber dafür sind die „Löwen“ von Konig auf dem Posten, Techniker, junge Beamten und Gymnastiken. Sie suchen die Konkurrenz mit dem bunten Tuch zu bestehen.

Dies öffentliche Liebesleben ist ein besonderer Zug in dem Stadtbilde.

mit Ja gestimmt haben. Aus dem Protokoll dieser Sitzung konnten die nationalliberalen Blätter ersehen, daß bei der gleichen Abstimmung mehrere unfer oben genannten Genossen ihre Nein-Stimme abgegeben hatten. Es waren selbstverständlich nur äußerliche Abstimmungen, die das Fehlen einiger unfer Abgeordneten bei der Schlussabstimmung verursacht haben.

Die Kaiserin und die Socialdemokraten. Wie der Kaiser, so scheint sich auch die Kaiserin sehr für die Socialdemokratie zu interessieren.

Bei dem Mansfelder Bergfest wurde der Vorsitzende des Vereins reichstreuer Berg- und Hüttenleute, G. Krone-Gerbstedt, von der Kaiserin am 12. Juni empfangen. Krone wurde, wie der „Bergbote“ erzählt, dann von der Kaiserin gefragt, wie stark der reichstreue Verein sei und ob auch Socialdemokraten unter der gewerkschaftlichen Arbeiterfhar zu finden seien. Die Antwort lautete: „Die Mansfelder bergmännische Bevölkerung hält bis jetzt und hoffentlich für alle Zeit an dem alten treuen Glauben und der Vaterlandsliebe, die sie von den Vätern ererbt hat, fest. Wirkliche Socialdemokraten befinden sich unter ihr nicht, wohl aber noch hier und da schwache, verfährbare Naturen. Diese zu fähren und auf dem Wege des Guten und der Pflicht zu erhalten, ist eine Hauptaufgabe des reichstreuen Vereins. Letzterer zählt jetzt gegen 9300 Mitglieder.“

Die Kaiserin sprach Krone ihre große Freude darüber aus, daß ein so guter Geist unter der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft herrsche.

Aus dem agrarischen Gnadenquell Niquels werden, wie Schweinburg erzählt, in der nächsten Session des preussischen Landtags u. a. folgende Vorlagen riefeln: ein Gesetz über das Fideikommisswesen, Änderungen der Gesetzgebung über die innere Kolonisation, und Maßregeln zur Verhütung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter.

Die Brotwucherer. Der ständige Ausschuß des deutschen Landwirtschaftsrats hat in seiner letzten Sitzung eine Erklärung beschlossen, in der es heißt:

„Es ist eine unabweisbare Forderung, die gesunkenen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder so hoch zu gestalten, daß die Landwirtschaft lebenskräftig und entwicklungs-fähig bleibt.“

Die Schutzwache des Junkertums mobilisiert.

Die Annullität der Warenhaussteuer gestehen die Regierungsbeamten nunmehr ein, nachdem die „mittelständ-fängerische“ Vorlage unter Dach und Fach gebracht ist.

Die Regierung habe, so schreibt Schweinburg, ihren guten Willen gezeigt. Aber helfen werde die Warenhaussteuer gegenüber der übermächtigen Konkurrenz der Großbetriebe nicht. Die Kleinhändler müßten nun selbst sich „rähren“:

Ihre Aufgabe wird es sein, schleunigst im Wege der Selbsthilfe diejenigen Organisationen und Einrichtungen zu schaffen, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe zu der für den erfolgreichen Wettbewerb mit den Warenhäusern erforderlichen Höhe zu heben geeignet sind. Sie werden, insbesondere durch Errichtung von Einkaufs- und Verkaufs-Genossenschaften, für preiswürdige Waren und lohnenden Absatz zu sorgen haben. Vor allem werden sie sich aber zu derjenigen Regelung der Kreditverhältnisse, in welchen eine der Hauptstärken der Warenhäuser liegt, einigen müssen. Sie werden sich stark zu machen haben, nur gegen bar einzukaufen und zu verkaufen und Waren weder auf Kredit zu nehmen noch auf Kredit zu geben. . . Aufgabe der unter der Konkurrenz der Warenhäuser schwer leidenden Inhaber kleiner und mittlerer Handelsgeschäfte und Handwerker ist es, die ihnen durch die Warenhaussteuer gewährte Ruhepause voll auszunutzen, um sich durch geeignete Einrichtungen wirtschaftlich stark für den Konkurrenzkampf mit den Warenhäusern zu machen. Der Staat hat das seinige getan; an dem gewerblichen Mittelstand ist es jetzt, durch energische Selbsthilfe sich seine Lebensfähigkeit gegen die kapitalistische Konkurrenz zu sichern.“

Die Regierung fürchtet mit Recht, daß der „Mittelstand“ rebellisch werden könnte, wenn keine der Hoffnungen sich erfüllt, die sie auf die reaktionäre Gesetzgebung gebaut haben. Der Zimmungs-kram wurde gewährt — nach Jahrzehnte langen Kämpfen — und jetzt, wo das Ziel erreicht, merken die Kleinbürger, daß sie genarrt worden sind. Die gleiche Erfahrung werden sie mit der Warenhaussteuer machen. Und so rührt denn die Regierung ein neues Morphiumpulver ein, das die Schmerzen des Mittelstandes lindern soll.

Die Regierung will mit all diesen „wohlwollenden“ Verschälfungen nicht dem Mittelstand eine „Ruhepause“ gewähren, sondern sich selber. Sie will die an einer innerlich überwindenen rückständigen Betriebsform Haftenden und Lebenden möglichst lange verrotten und beruhigen, um diese Elemente nicht zur Aufklärung über ihre thatsächliche Lage und damit zum Anschluß an die proletarische Bewegung gelangen zu lassen.

So wirft die Regierung dem „Mittelstand“ neue Wbernde Hoffnungen hin, nachdem sie den Bankrott der Staatshilfe erklärt hat.

Deutschrift-Materialien zu einer katholischen Iax Schulze. In Neumarst bei Bozen wurde, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, der Pförtner des dortigen Kapuzinerklosters wegen jahrelanger, an Anaben von 6—12 Jahren begangener Sittlichkeitsverbrechen verhaftet. Bis jetzt wurden 18 Anaben vernommen. Die Verhaftung des Pförtner, der schon viele Jahre dort als Pförtner fungierte, erfolgte am Mitternacht durch den Gendarmeriepostenführer. Unter der Beobachtung herrschte bereitwilligste große Erbitterung gegen dieses Schicksal von einem Klosterbruder.

Volkschullehrer ohne Gehalt. Der in Bunzlau erscheinende „Niederösterreichische Kurier“ entwirft folgendes Bild aus dem Kulturstaat Preußen:

Am schönen Töber liegt eine betriebsame, freundliche Stadt, Bunzlau geheihen, Kreisstadt, Sitz königlicher Behörden, Provinzial-Irrenanstalt, höhere Schulen, rege Löfferei-Industrie etc. (siehe Konversationslexikon) und unfern dieser Stätte moderner Betriebsamkeit liegt das idyllische Dorf Groß-Krausch, das neben andern Vörgähen eine Schule besitzt und zwei Lehrer, die derselben vorstehen. Der zweite Lehrer dort ist es nun, dessen Gehaltsansprüche nach dem Wustler seiner spanischen Kollegen „geregelt“ sind. Das Patronat über die Schule hat Prinz Reuch, auch die Gemeinde und der Staat sind natürlich da. Zwischen den örtlichen Interessenten bestehen nun seit langem Verhandlungen über die Aufbringung dieses Lehrergehalts, wobei sehr geteilte Meinungen zu herrschen scheinen. Nun sollte man meinen, war es Sache der Regierung, einzuweilen bis zur endgültigen Entscheidung ein Provisorium für den betreffenden Lehrer zu schaffen. Nun, ein sonst allerdings in Regierungskreisen nicht sehr beliebter Dichter singt: „Und da keiner wollte leiden, daß der andre für ihn zahl“, zahlte keiner von den beiden, ein System, das sich empfahl.“ Und nach diesem prächtigen System wartet nun ein Mann, dem ein unendlich wichtiger und verantwortungsvoller Beruf obliegt, seit Beginn des neuen Jahres auf sein ihm gesetzlich zustehendes Gehalt.

Was liegt auch daran, wenn ein paar Volkschullehrer zufällig verhungern sollten. Wir haben ja die herrliche Flotte! —

Bestrafte Voerenshilfe. Den „Times“ wird aus Berlin gemeldet: Der belannte Major v. Reigenstein, Generalstabs-Offizier, der in Sadafca bei den Voeren misfacht, ist nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Mai vor ein Kriegsgericht gestellt und zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt worden, die er in Olaz zu verbüßen hat.

Ueber die Stellung des Postassistenten-Verbands zur Postverwaltung gewährt der Bericht der „Deutschen Postzeitung“ über den am 8.—10. d. M. stattgehabten Verbandstag interessante

Kuffklaffe. Den Vorwurf socialdemokratischer Blätter, daß der ein-
st und unabhängig auftretende Verband sich zu einer Schutz-
truppe des Herrn v. Boddieckli durchgemauert hätte, glaubte der erste Vorsitzende des Verbandsausschusses, Schubert,
zurückweisen zu müssen. Wie wenig er dazu ein Recht hatte, zeigen
seine weiteren Ausführungen: „Allgemein ist die Klage, daß in
Bezug auf die Zahl der Dienststellen gegen früher an
vielen Stellen eine fühlbare Verschlechterung eingetreten
ist. (Sehr richtig!)...; aber der Zustand ist nun einmal da
und muß ertragen werden... Bekämpfen wir
deshalb alle Missethätigkeiten darüber und helfen wir
unser Behörde, die Nalunität zu überwinden.“ Und weiter über
die seit einigen Jahren so sehr verschlechterten An-
stellungen-Verhältnisse: „Wenn auch eine Verschlechterung
des Tempos sehr erwünscht ist, so müssen wir uns doch gegen-
wärtig halten, daß es in dieser Beziehung bei der
Post immer noch nicht schlechter bestellt ist, als bei
anderen Verwaltungen...“ Also genau dieselben Argumente,
wie die Regierungsvorsteher sie haben. Dafür aber, so fährt er fort,
haben wir die „Unabwahrheit“ erhalten. Dieser gebührt Lob
und Preis, denn bei jedem Akt des Einschweigens kann man sich auf sie be-
rufen. Die Hoffnung vieler Tausende und auch wohl eines großen Teils
der 2000, die im letzten Jahr dem Verband den Rücken
kehrten, zeichnete Schubert ganz richtig: „Eine Zeitlang schien
es, als wenn der für den Stand kämpfende Verband Bahn-
brecher werden sollte, nicht bloß für seine Standesangehörigen,
sondern für alle Beamten mittleren Ranges, daß er ge-
wissermaßen eine Reform der gesamten Anschauung
über die Stellung des Beamten im Allgemeinen im Sinne der
Erstrebung einer freieren Stellung abzuzeichnen
sollte...“ Allerdings, der Hoffnung lebten Tausende und auch
wohl diejenigen, denen vor 10 Jahren die Broschüre: „Die
Neue Zeit und die alte Deutsche Reichspost“, ihre Entstehung ver-
dankte. Heute ist die Entwicklung des Verbands eine entgegen-
gesetzte. Und unter dieser absteigenden Entwicklung werden sich die
Reihen des Verbands noch sehr lichten.

Schub vor Schubert! Wie seiner Zeit auch an dieser
Stelle berichtet, wurde im Februar d. J. in Groß-Moyevore
(Vorbringen) ein etwa 16jähriger Arbeiter, der sich der Verhaftung
durch einen Gedanken mittels der Flucht zu entziehen suchte, von
diesem auf kurze Entfernung durch mehrere Revolverkugeln
niedergetroffen und schwer verwundet. Die Mutter des Ver-
hafteten wurde, weil sie dem Sohne bei der Flucht be-
hülflich war, vor Gericht gestellt und vom Schöffengericht
Romdach unter der Anklage des Widerstands gegen die
Staatsgewalt zu acht Tagen Gefängnis verurteilt.
Die Strafkammer des Landgerichts Mey bestätigte vor kurzem auf
eingelegte Berufung dieses Erkenntnis. Dabei wurde in der Ver-
handlung festgestellt, daß die gegen den Beamten eingeleitete Unter-
suchung ergeben hatte, er habe in rechtmäßiger Aus-
übung seines Amtes von der Schutzwaffe Gebrauch gemacht,
und daß daher die Untersuchung gegen ihn niedergeschlagen worden
sei. Diese Entscheidung der Disziplinarbehörde muß um so mehr
überraschen, als seiner Zeit selbst die streng regierungsfreundliche
„Straßburger Post“ auf Grund des genauen Sachverhalts des Vor-
geben des Gendarmen aufs schärfste mißbilligt und seine Bestrafung
gefordert hatte. —

Aus Baden, 19. Juni. (Fig. Ver.) In der heutigen Dienstag-
Sitzung der II. Kammer erfolgte die einstimmige Annahme des
neuen Einkommensteuer-Gesetzes nach den Vorschlägen der
Kommissionen. Zu principielle Erörterungen gab nur die Bestimmung
vielseitigen Anlag, daß die bisherige Grenze der von der Staats-
steuer befreiten steuerbaren Einkommen von 500 auf 600 M.
hinausgesetzt werden soll. Das bedeutet einen Befreiung der vier
untersten Stufen der Einkünfte, umfassend ca. 47 Proz. (208 000 Per-
sonen) mit einem Steuerbetrag von 548 000 M. Da bisher
ein Viertel davon unbedinglich war, schätzt die Regierung
vorwiegend steuerrechtliche Schwierigkeiten vor und erklärt, daß eine
entsprechende Reduzierung der Gemeindesteuerpflicht nicht beabsichtigt
sei. Da von der Entlastung einer solchen Steuer das Gemein-
wahrheit abhängt, begegnete die Regierung wegen der Gefährdung
des proletarischen Wahlrechts politischen Bedenken, welche der
Abg. Dreesbach für die socialdemokratische Fraktion zum Ausdruck
brachte. Unsere Partei würde einer solchen Steuerbefreiung,
die etwa 2 Mark für den Pflichten im Jahr aus-
macht, die Aufhebung der Fleischsteuer vorziehen, welche
700 000 Mark einbringt. Wir können uns mit dem jetzigen
Gesetzesentwurf insofern befremden, als das Danaer-
geschick der erweiterten Steuerfreiheit mit der Klausel verpackt ist,
daß zuvor durch Festsetzungen im Gemein-
wahrheit alle für die politische Entrechtung gelegenen Befürchtungen die Spitze abgebrochen
wird. Da das neue Steuerrecht nur das tatsächliche Vermögen
sunder Berücksichtigung der Schulden und Zinsen und Einkommen
trifft, bedeutet dasselbe einen wesentlichen Fortschritt in der badischen
Finanzgesetzgebung. —

Das Ende der württembergischen Verfassungsreform.
Stuttgart, 16. Juni 1900.
Als im Jahre 1895 aus den Landtagswahlen eine Kammer
herborgeht, welche einstimmig auf das Programm einer demo-
kratischen Verfassungsreform gewählt war, konnte man das Zustande-
kommen einer solchen Reform, insbesondere die Entfernung der
Privilegierten aus der zweiten Kammer gesichert halten. Jetzt ist
die Verfassungsreform endgültig tot und begraben; heute wurde
ihre Grabrede im Landtag gehalten, die Regierung hat die Scholle
auf ihren Sarg geworfen und sprach sich sehr unglücklich aus über
ihre mögliche Auferstehung. Die Volkspartei, welche den
Erfolg der Reform, wenn sie zu stande gekommen wäre, aus-
schließtlich für sich allein in Anspruch genommen hätte und ihren
Triumph sogar schon mehrfach vorausgenommen hat, muß
nun auch das Odium des Mißerfolgs über sich ergehen lassen.
Es ist den offenen und geheimen Gegnern der Reform
gelungen, das Reformwerk zum Scheitern zu bringen und die
Demokratie dadurch aus ihrer dominierenden Stellung hinauszu-
manövrieren. Die Verfassungsreform ist heute ein ausgeblasenes
Ei; mit dem demokratischen Musterstaat, der neben dem liberalen
Musterstaat Baden einen neuen Typus bürgerlicher Verfassungs-
ideale gebracht hätte, ist es Effig. Die Interpellation, mit
welcher heute der Abg. Fr. Haumann die Regierung und die
Parteien auf gewisse Reformforderungen, — Aufhebung der Privi-
legierten, Eisenwahl und Proporz — schließlich gedachte, ist elend
vernaht und verpufft. Nachdem der Interpellant in einstündiger
Rede seine Anträge mit unheilvollen Klagen begründet, erhob
sich Herr v. Mitznacht und verlas eine Erklärung des Staats-
ministeriums, in der es heißt:

„Mit dem Scheitern dieser Vorlage (vom Jahre 1897)
ist den gesetzgebenden Faktoren und jedem ein-
zelnen derselben die volle Freiheit der Entscheidung
bezüglich aller in ihr enthaltenen Bestimmungen
zurückgegeben worden. Die Regierung hält sich daher an
jeden Entwurf nicht mehr gebunden, weder im ganzen noch
in seinen einzelnen Vorschlägen...“
Der Inhalt einer künftigen Verfassungs-
revision ist abhängig von Umständen, die zur Zeit nicht
überblickt werden können und sich daher als durchaus
ungewiß darstellen. Vor allem wird das Ergebnis der
Neuwahlen und die künftige Zusammensetzung
der Kammer auf das Schicksal der Verfassungsrevision von
wesentlichem Einfluß sein...“
Der württembergische Ministerpräsident ist ein Virtuos des
Konstitutionalismus. Wie er nach dem Wahlausfall von 1895 in
der Verfassungsfrage die Initiative ergriffen hatte mit der Wei-
derung, das eine konstitutionelle Regierung dem einmütig
ausgesprochenen Willen des Volks durch eine Gesetzes-
vorlage Rechnung tragen müsse, so giebt er auch jetzt wieder
an, die Entscheidung über die Stellungnahme der Regierung nach

dem Ausfall der bevorstehenden Landtagswahlen abwarten zu müssen.
Er kann das mit um so größerer Ruhe thun, als er ganz genau
weiß, daß die Volkspartei mit der Verfassungsreform keine Geschäfte
mehr machen wird. Die Suppe ist kalt geworden und selbst für die
Schwaben nicht mehr genießbar. Die Fraktionsführer des Centrums
und der Deutschen Partei gaben denn auch kurze Erklärungen ab,
in welchen sie sich auf ihre Programme bezogen und sich für die
Zukunft durchaus freie Hand vorbehielten. Im übrigen wurde die
Interpellation in eifrigem Schweigen erledigt. Sie fand keinen
Resonanzboden. Es ist aus mit der Verfassungsreform. —

Ausland.

Schweiz.

Bern, 18. Juni. (Fig. Ver.) Die Verwerfung des Versicherungsgesetzes hat nun nachträglich noch ein persönliches Opfer gefordert. Der Vater des Gesetzes, Nationalrat Forrer, Abolent in Winterthur und der erste Führer der herrschenden radikalen Partei, hat sich entschlossen, von der Partei- und Tagespolitik zurückzutreten und den Posten des Direktors des internationalen Centralverbandes für Eisenbahn-Transport in Bern anzunehmen, den zuletzt der verstorbene Alt-Bundesrat Droz inne hatte. Der Posten ist mit 18 000 Fr. besoldet und bietet daher eine um 8000 Fr. höhere Jahresverdienstmöglichkeit als die eines Bundesrats; allein Herr Forrer, als einer der ersten und stark begehrten Abolenten der Schweiz, dürfte bisher schon ein nicht viel geringeres Jahreseinkommen gehabt haben. Aber der belagte Direktorenposten bietet eine bequame und beschämte Existenz, bei der man angenehmen Leben und alt werden kann. Herr Forrer stand in seinen jüngeren Jahren auf dem äußersten linken Flügel der ehemals sehr radikalen radikalen Demokraten, verkehrte viel und gern mit Socialdemokraten, ließ Bebel und Viehdreht hoch leben und war daher bis in die letzten Jahre hinein bei den Arbeitern noch recht populär, denen er übrigens in zahllosen Dastischprozessen gegen geringe Entschädigung erfolgreich zur Seite stand. Mit der zunehmenden Verschärfung der Parteilämpfe trat auch Herr Forrer immer schroffer gegen die Socialdemokratie auf, deren Geschichte und Wesen er übrigens gut kennt. Seiner Partei hat er große Dienste geleistet und es war nicht unwahrscheinlich, daß er noch in den Bundesrat kommen würde. Bei der Beobachtung der Thätigkeit des Herrn Forrer als Partei- und Politiker hatten wir nur immer den einen Wunsch: es möchte der schweizerischen socialdemokratischen Partei ein ebenso schäfer, energischer und rücksichtsloser Führer erstehen, wie die radikale Partei in Herrn Forrer einen hat beziehungsweise hatte. —

Italien.

Die italienische Ministerkrise dauert fort. Da eine Rekonstruktion des Kabinetts Belloni sich als unthunlich erwiesen hat, wurde der Präsident des Senats Seracco, einer der wenigen gubernementalen Politiker Italiens, die sich nicht vollständig abgeben und noch etwas Auf zu verlieren haben, mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut. Seracco war schon früher Minister — unter Crispi, dem gegenüber er sich allerdings eine gewisse Unabhängigkeit bewahrt hat. Nach Mitteilungen aus Rom soll sich der Crispini-Sozialist für das Zustandekommen eines Ministeriums Seracco bemühen, in dem er jedoch keine Stellung einnehmen will. Herr Somino gilt für den „kommenden Mann“ Italiens. Er glaubt, daß Crispi höchstens noch auf ganz kurze Zeit an die Spitze der Regierung gelangen kann, und will sich für die Zeit aufsparen, wo der König seinen anderen Regierungschef mehr hat. Was Crispi betrifft, so ist er nicht bloß in der Kammer wieder aufgetaucht, sondern auch bei Hof, an dem er eine Zeitlang sich nicht zeigen durfte. Unsere italienischen Genossen folgen den Vermutungen zur Bildung einer neuen Regierung mit größter Zuversicht und — Gemütsruhe. Bei der Präsidentenwahl der Kammer hat sich die Schwäche der Regierungsparteien offenbart und unsere Genossen wissen, daß sie jedes parlamentarische Ministerium verhindern können, das an der Geschäftsordnungs-Kommission und an der parlamentarischen und unparlamentarischen Gewaltspolitik festhält. Ihre Lösung ist jetzt: „Rückkehr zur Einfachheit.“ Allerdings eine Ironie der Geschichte, aber nicht verneint, denn auch in Deutschland muß ja die Socialdemokratie gegenüber den sogenannten Ordnungsparteien, die stets auf Ausnahmefälle und Staatsstreich hinarbeiten, die Geschicklichkeit verstehen.

Afrika.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz sind folgende Telegramme eingelaufen:
London, 20. Juni. Feldmarschall Lord Roberts telegraphiert aus Pretoria vom heutigen Tage, daß die Vorhut des Generals Hunter am 18. Juni Krugerdschop ohne Widerstand besetzte. — Lord Methuen, welcher einen großen Transport nach Heilbron geleitete, schlug gestern eine Truppe der Boeren unter Christian De Wet in die Flucht. Die Truppe hatte sich bemüht, ihn den Einmarsch in Heilbron zu verwehren.
General Guittons berittene Infanterie eroberte zwei Geschütze des Kommandanten Duplessis.
Die Eisenbahn und die telegraphische Verbindung mit Kapstadt sind wieder vollständig hergestellt. Die Läden in Johannesburg sind geöffnet, der Handel wird täglich lebhafter.
London, 20. Juni. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet unter dem 18. d. M. aus Hammonia: Eine große Streitmacht der Boeren ist gegenüber der Front Dundles konzentriert; sie sucht südwärts durchzubrechen. An ihrer Spitze stehen De Willems und Hermann Steijn, der Bruder des Präsidenten, welcher letzterer gleichfalls anwesend ist. — Die Hauptstadt des Orange-Freistaats ist jetzt belagert. — Das Hauptlager der Boeren ist um 5 Meilen näher an Ficksburg verlegt worden. — Die Boeren beschloßen heute das englische Lager bei Ficksburg. Die Heomanry waren auf der linken Front mit Unterbrechungen den ganzen Tag in Aktion. — Die Transvaal-Boeren gehen vor den Truppen Bullers zurück und stoßen zu den Freistaat-Boeren.

Vom Aschantikrieg liegt wieder einmal eine Meldung vor. Dieselbe lautet: **London, 20. Juni.** Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Prähu vom 19. Juni gemeldet: Eine Abteilung der westafrikanischen Grenztruppe unter Führung des Hauptmanns Wilson wurde auf dem Marsche von Behwai nach Kwiffa am 16. Juni bei Effenwanta angegriffen. Der Feind wurde völlig geschlagen, aber Hauptmann Wilson und 10 Mann wurden getötet, 27 Mann verwundet. — Kwiffa (oder Quiffa) liegt auf der Route nach Kumassi. —
Zur marokkanischen Frage. Dem „Oesterreichischen Telegraphen-Bureau“ wird aus Tanger gemeldet: Der Vertreter des Sultans für auswärtige Angelegenheiten in Tanger, Mohammed-el-Zorri, lenkte im Auftrage des Sultans die Aufmerksamkeit der europäischen Vertreter auf die angebliche Besetzung marokkanischen Gebiets durch französische Truppen. —

Partei-Nachrichten.

Der „Fall Dertel“ kam in der letzten Generalversammlung des „Socialdemokratischen Vereins“ zu Rürberg nochmals zur Sprache. Der Genosse Diez aus Stuttgart, der nach dem Tode Dertels als Sachwalter der Familie Dertel aufgestellt wurde, erstattete den Bericht über die Übernahme der „Frank. Tagespost“ in Partei-Eigentum. Er gab eine Darstellung der Lage des Geschäfts, wie er sie vorgefunden hat, und bezeichnete die Lösung, die die ganze Angelegenheit fand, als die beste, die sie überhaupt hätte finden können. Er habe der Kommission, nachdem er alles geprüft, geraten, die Sache so zu machen, und sein Vorschlag sei einstimmig genehmigt worden. Die Familie Dertel sei in glänzender nobler Weise abgefunden worden und der Oberverwalter der Dertel habe ihm selbst gegenüber seinen Dank ausgesprochen für die glückliche Lösung. Das sollte man den Deuten vorbehalten, die f. z. aus Unkenntnis der Verhältnisse der bürgerlichen Presse Selbstdienste leisten, in dem Glauben, der Familie Dertel zu helfen. Das Fazit der ganzen Angelegenheit sei: Die Partei habe sich ihren

Verhältnissen entsprechend den Hinterbliebenen Dertels gegenüber in einer Weise benommen, daß nach keiner Richtung hin ein Vorwurf gemacht werden könne. Die Genossen könnten die Gewähr mit nach Hause nehmen, daß es überall vollständig ethisch zugegangen sei.

Zu der sich hieran anschließenden Diskussion wurden die allen Vorwürfe nochmals wiederholt, schließlich gelangte aber die nachstehende Resolution gegen etwa 20 Stimmen zur Annahme:

„Die Parteileitung ist bei Ueberführung des Verlags der „Frankischen Tagespost“ und „Räthler Bürgerzeitung“ in Partei-Eigentum, die auch im Interesse der Familie Dertel lag, korrekt verfahren; die Versammlung spricht ihr daher das vollste Vertrauen aus. Die Versammlung erklärt sich ferner einverstanden mit der Uebernahme des Verlags und der Buchdrucker der „Frankischen Tagespost“ durch die Handelsgesellschaft Herrn. Sydow u. Co.“

Hoffentlich sind damit die Differenzen innerhalb der Parteigenossen Rürbergs, die sich aus Anlaß des Todes unsers unglücklichen Genossen Dertel entwickelt hatten, endlich beseitigt.

Politisches, Gerichtliches usw.

— **Essentia** bemerkbare Arbeit soll nach einer Entscheidung des Altonaer Landgerichts die Verbreitung von Flugblättern sein. Eine Anzahl Altonaer Genossen hatten im 6. schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreise Flugblätter verbreitet und deswegen Strafmandate bekommen. Sie beantragten gerichtliche Entscheidung — mit dem obigen Erfolg.

Der Krieg in China.

Die Erstürmung von Taku

hat die Mächte aufsehener größere Verluste gelistet, als die gestrige Meldung zugab. Aus Petersburg wird nämlich gemeldet:

Der Generalstab der Marine erhielt aus Port Arthur vom Vice-Admiral Alexejew nachstehende telegraphische Mitteilung: Am 17. d. M. wurden die Forts von Taku nach siebenstündigem nächtlichen, durch die Chinesen veranlaßten Kampf von den Landungstruppen genommen. Hieran nahmen teil: die russischen Kanonenboote „Korejez“, „Silsal“ und „Wobr“, das deutsche Kanonenboot „Albis“, das französische Kriegsschiff „Yon“ und die englische Korvette „Algierne“ unter dem allgemeinen Kommando des ältesten der Kommandierenden, des russischen Kapitäns ersten Ranges Dobrowolski. Die russischen Verluste betragen: ein Lieutenant tot, einer tödlich, einer schwer und einer leicht verwundet, 16 Mann getötet und 67 verwundet. Das Kanonenboot „Silsal“ ist ernstlich beschädigt. Dasselbe erfordert eine Ausbesserung im Dock, da der Unterwasserteil durch ein Geschöß ein Red erhalten hat. Das Kanonenboot „Korejez“ hat sechs Red erhalten: eine Kasse ist zerstört. Das Kanonenboot „Wobr“ ist nicht beschädigt; Verluste von Menschen sind auf demselben nicht vorgekommen.

Danaß befindet sich der russische Verlust allein auf 87 Mann, während gestern von einem Gesamtverlust der Mächte von 78 Mann die Rede war.

Auch die vorläufige Verlustliste der übrigen Mächte wird wahrscheinlich noch ergänzt werden müssen.

Ein Telegramm der „Central News“ aus Shanghai vom Dienstag, 9 Uhr 45 Minuten meldet: Der englische Konsul ist noch ohne Nachricht über die Verluste bei Taku. Aber japanische Meldungen besagen, daß Kapitän Hattori von der japanischen Marine und 6 andre fremde Offiziere getötet, 40 Matrosen getötet, 85 verwundet wurden. Die Verwundeten wurden an Bord des japanischen Dampfers „Sasebo“ aufgenommen.

Auch die deutsche Verlustliste war bis heute mittag weder im Auswärtigen Amt noch im Reichs-Marine-Amt eingetroffen.

Zum Gefecht bei Taku wird ferner noch gemeldet, daß die Deutschen und Russen den chinesischen Kreuzer „Hay ang“ genommen hätten. Auch hätten 6 chinesische Torpedoboote während des Gefechts den verzweifelten, aber erfolglosen Versuch gemacht, durchzubrechen.

Die Lage in Peking

kann man als beruhigender oder als äußerst ernst ansehen, je nachdem man den sich diametral widersprechenden Meldungen Glauben schenken will. Am sichersten geht man entscheiden, wenn man einsehen will, daß die Nachrichten mit größter Reserve aufnimmt.

Wir registrieren in chronologischer Folge die Telegramme:

London, 20. Juni. Der „Daily Express“ meldet aus Shanghai: Aus China, von wo bis jetzt zuverlässige Informationen gekommen sind, wird gemeldet, daß die chinesischen Truppen und der Wob, wütend über die Nachricht der Besetzung Tatus, sämtliche Fremden mit ihrem Personal in Peking ermordet hätten. Die Gesandtschaften sollen verzweifelt gekämpft und sich erst ergeben haben, als die Munition erschöpft war. Die chinesischen Verluste sollen ernstlich sein, da der Sieg nur durch rücksichtslose Aufopferung des Lebens möglich war. Doch wollen die hiesigen Fremden nicht an die Nachricht glauben. Aus Segehan kommen Nachrichten, wonach alle chinesischen Christen ermordet und einige Fremden bedroht sein sollen. Aus Hankau kommen ähnliche Nachrichten. In Wuhu hat das revolutionäre Element die Oberhand und macht gemeinsame Sache mit den Beamten.

Shanghai, 20. Juni. Nachrichten aus chinesischer Quelle, welche von hiesigen ausländischen Beamten für glaubwürdig gehalten werden, besagen, daß die Gesandtschaften in Peking am 17. Juni umverteilt waren und daß Admiral Seymour mit der ausländischen Truppe Peking erreichte.

London, 20. Juni. Die „Times“ melden in einer zweiten Ausgabe aus Shanghai von heute: Ein durch den Couriersdienst des Direktors der Eisenbahnen, Scheng, überbrachtes Telegramm bestätigt die Nachricht, daß Admiral Seymour und die ausländische Truppe am 17. Juni in Peking eingetroffen sind. Es schleg jedoch Einzelheiten über etwaige Verluste oder den Stand der Dinge in Peking; in Bezug hierauf herrscht große Sorge.

Auf die **Berufung Li-Dung-Tschang** werden ebenfalls Hoffnungen gesetzt. Hierüber liegt folgendes Telegramm vor:

London, 20. Juni. Die „Times“ melden aus Shanghai vom gestrigen Tage: Um der dringenden Aufforderung, nach Peking zu kommen, Folge zu leisten, verläßt Li-Dung-Tschang am Freitag Canton. Mit Rücksicht hierauf und da sie auch andre Symptome als Zeichen dafür ansehen, daß die Mandchukwen-Partei die Hoffnung aufgegeben hat, den Mächten Widerstand zu leisten, haben die eingeborenen Beamten vollständig die Front gewechselt. Um diese Ansicht zu stärken, meldet die einheimische Presse, die Regierung habe die Verhaftung des Generals Tzung-Fu-Siang und des Vicekönigs von Pechili angeordnet und beide dem Strafgericht übergeben.

Auch bezüglich der **Ausdehnung des Aufstands**

sind einige Meldungen mitgeteilt:
London, 20. Juni. Den „Times“ wird aus Hongkong vom 19. Juni gemeldet: Die Bewegung der Wogers breitet sich am West-Fluß aus. Aus Winkhou verlautet, daß die Stadt Lungtschau (Lintschan [?]) genommen worden ist. Canton ist ruhig.

In Gumanfu sollen 800 Christen ermordet, die französischen Missionen niedergedrückt und der französische Konsul mit drei Missionären gefangen sein.

Auch in Shanghai soll die Stimmung eine sehr fremdenfeindliche sein.

Von den **feberhaften Märschen der Mächte** zeugen folgende Telegramme:

Berlin, 20. Juni. Auf Befehl Seiner Majestät werden beide Seebataillone durch Freiwillige des aktiven Dienstes der Armee aus Kriegshäute gebracht und wird der Transport nach China vorbereitet. Außerdem soll das

Personal für 6 bespannte Geschütze von Riantichon gestellt werden und eine vollständige Batterie 88 Centimeter Geschütze mit Personal, aber ohne Pferde, aus den Beständen der Armee abgegeben werden.

Die „Woffische Zeitung“ nimmt von dem Bericht Notiz, daß noch weitere Kreuzer nach Ostasien geschickt werden sollten. Sie läßt sich darüber aus Kiel schreiben:

Das Gerücht, daß noch weitere Kreuzer nach Ostasien gehen sollen, erhält sich mit großer Bestimmtheit. Es wird behauptet, daß Finanzminister v. Miquel sich in Travemünde in einem ähnlichen Sinne geäußert habe. Hier wurde heute behauptet, daß die Linien-Schiffe „Sachsen“ und „Wärtemberg“ zeitweilig außer Dienst gestellt werden sollten und daß die Befestigungen zur Vertheidigung der Kreuzer „Freya“ und „Victoria Luise“ bestimmt seien, deren Entsendung nach Ostasien bevorstehe. Wenn eine Verstärkung der deutschen Seestreitkräfte sich in Ostasien als dringend herausstellen sollte, so würden voraussichtlich der große Kreuzer „Hansa“, Kommandant Kapit. v. S. de Fonseca-Wollheim, und auch der kleine Kreuzer „Geier“, Kommandant Korvettenkapitän Peters, herangezogen werden.

Ferner läßt sich das genannte Blatt aus Wilhelmshaven telegraphieren, daß insgesamt 2100 Mann Marineinfanterie in acht Tagen mit den Lloyd-Dampfern „Frankfurt“ und „Wittelsund“ nach Ostasien abgehen würden.

Ueber auswärtige Truppenentsendungen sind folgende Telegramme zu verzeichnen:

Paris, 19. Juni. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Die französischen Streitkräfte, welche sich bereits in Ostasien befinden, oder noch zur See nach Ostasien unterwegs sind und zwischen dem 25. Juni und 3. Juli dort eintreffen, belaufen sich auf etwa 2000 Mann. Die Streitkräfte, welche Frankreich am 29. Juni in zwei Transporten verladen werden, werden 2200 Mann betragen. Mit der Kreuzerdivision, welche gegenwärtig armirt wird und spätestens am 20. Juni von Frankreich abgeht, werden sich französische Streitkräfte in den chinesischen Gewässern 7 Kreuzer, 1 Aviso und 4 Kanonenboote befinden.

London, 19. Juni. Die gegenwärtig in Portland liegenden englischen Kriegsschiffe „Diadem“ und „Furious“ haben Befehl erhalten, nach Ostasien zu gehen.

Wien, 20. Juni. Wie das Neue Wiener Abendblatt“ erfährt, erging seitens des Marinekommandos gestern der Befehl, die erste Kreuzerdivision, bestehend aus den Torpedorammschiffen „Karl VI.“, „Kaiserin Königin Maria Theresia“, „Kaiserin Elisabeth“, zur Abfahrt nach Ostasien bereit zu stellen. Das vor Ostasien befindliche Kanonenboot „Zenta“ bleibt bis auf weiteres dort und soll sich eventuell der Kreuzerdivision anschließen.

London, 20. Juni. Japan mobilisiert 25 000 Mann. Sämtliche Schiffe der Nippon Yusen Kaisha-Gesellschaft sind für den Truppentransport gearbert.

Die augenblicklichen Flottenstreitkräfte in Ostasien.

In den ostasiatischen Gewässern sind augenblicklich folgende Seestreitkräfte der verschiedenen Mächte konzentriert: Deutschland ist, wie bereits gemeldet, durch die großen Kreuzer „Gerta“, „Hansa“, „Kaiserin Augusta“, ferner durch die kleinen Kreuzer „Irene“ und „Gefion“ und die Kanonenboote „Jaguar“ und „Albatros“ vertreten. Das Kanonenboot „Tiger“ hat die Audreise bereits angetreten, und der große Kreuzer „Fürst Bismarck“, das designierte Flaggschiff des Geschwaders, wird baldmöglichst folgen. England verfügt über 3 Schlachtschiffe, 5 große Kreuzer, 16 kleine Kreuzer und 4 Torpedofahrzeuge. Diesem Geschwader sollen sich noch 1 Schlachtschiff, 2 kleine Kreuzer und 8 Torpedofahrzeuge anschließen.

Frankreichs Geschwader setzt sich zusammen aus 1 Schlachtschiff, 3 großen Kreuzern, 19 kleinen Kreuzern und 5 Torpedofahrzeugen. Rußland hat 3 Schlachtschiffe, 4 große Kreuzer, 10 kleine Kreuzer und 2 Torpedofahrzeuge in Ostasien stationiert, auf der Audreise befinden sich 1 Schlachtschiff, 3 große Kreuzer und 11 Torpedofahrzeuge.

Die ostasiatische Station der Vereinigten Staaten-Marine ist mit 3 Schlachtschiffen, 1 großen Kreuzer, 17 kleinen Kreuzern und 1 Torpedofahrzeug besetzt. Vermehrt werden diese Streitkräfte noch durch 21 kleine Kreuzer.

Die anderen europäischen Mächte stellen nur schwächere Kontingente: Dänemark hat einen kleinen Kreuzer, die Niederlande haben zwei Panzerschiffe, vier kleine Kreuzer und drei Torpedoboote in Ostasien und den Sund-Ängeln verarmelt. Portugal besitzt einen kleinen Kreuzer, Italien einen großen und drei kleine Kreuzer und Oesterreich macht mit einem kleinen Kreuzer den Beschluß. Daß außerdem die ganze japanische Flotte in den japanischen und chinesischen Gewässern konzentriert ist, braucht kaum erwähnt zu werden.

Im Vordergrund des Interesses liegt augenblicklich der Hafen von Tientsin. Dort ankern nach den neuesten Informationen die fünf russischen Kreuzer und Schlachtschiffe „Grenschinski“, „Dimitri-Donoff“, „Sissow-Belits“, „Galdanof“, „Wladimir“ und zwei Torpedoboote, ferner der englische Panzerkreuzer „Orlando“ und die Sloop „Algerine“, der französische Kreuzer „Descartes“ und der italienische Kreuzer „Uda“. Auf dem Wege nach Tientsin ist der deutsche große Kreuzer „Kaiserin Augusta“ und ein großer japanischer Kreuzer.

Letzte Meldungen.

London, 20. Juni. (W. T. B.) Die Admiralität erhielt von dem britischen Konter-Admiral in Ostasien heute eine dort am 17. Juni abgefasste, in Tschifu heute abtelegraphierte Meldung über die Einnahme der Forts von Taku durch die vereinigten Geschwader, in welcher es noch heißt: Am morgen des 17. Juni war der chinesische Admiral in einer beratenden Versammlung der vereinigten Flottenführer zugegen; er erklärte sich bereit, bei der Flotte der vereinigten Mächte vor Anker zu gehen und seine Feuer zu löschen. Eine weitere Meldung des Konteradmirals vom 18. d. M. besagt: Von Admiral Seymour und der internationalen Truppe liegen keine neuen Nachrichten vor. Tientsin ist abgeschnitten; von dort wurde gestern Nacht heftiges Feuer gehört. In Taku sind 3000 Russen unter einem Generalmajor. Meine Beziehungen zu den Vertretern der vereinigten Mächte sind die der höchsten Harmonie.

London, 20. Juni. (W. T. B.) Unterhaus. Unterstaatssekretär Brodrick verliest heute über Tschifu eingegangene Meldung des britischen Konsuls in Tientsin, die, wie Brodrick bemerkt, wahrscheinlich vom 18. Juni datiert. In derselben heißt es: Die Vorgesetzten gestern abend sehr die Eisenbahnlinie nördlich von Tientsin und brannten die römisch-katholische Kirche, die Missionskapellen, sowie zahlreiche chinesische Häuser nieder. Die chinesischen Truppen machten keine merkliche Anstrengung, sie an dem Angriff auf die Fremdenvertheidigung zu hindern. Die fremden Schutzmächte töteten etwa 100 Veger.

London, 20. Juni. (W. T. B.) Die britischen Verluste bei dem Kampf mit den Forts von Taku am 17. d. Mts. sind laut Bekanntmachung der Admiralität 1 Matrose tot, 1 Unterzahlmeister und 12 Mann verwundet.

Paris, (W. T. B.) Der französische Konsul in Peking erhält vom französischen Konsul in Jünnan, François, folgende Depesche, datiert vom 15. d. Mts. aus Jünnanfu: Wir wurden am 10. d. Mts., als wir Jünnanfu verlassen wollten, angegriffen und gezwungen, in die Stadt zurückzukehren. Unser ganzes Gepäck wurde geplündert, die Missionsanstalten und Eisenbahnen in Brand gesetzt. Nur mein Haus blieb unversehrt, wo ich meine Landsleute versammelt hatte, und wo wir uns mit unseren Gewehren hielten. Nach Verlauf von 48 Stunden ergriffen die Mandarinen endlich Mitleid; ich habe sie dringend aufgefordert, uns an die Grenze zu führen und ich erwarte, daß sie sich für die Wege verbürgen. Es ist dringend notwendig, daß die französische Regierung gebieterisch fordere, daß man uns ziehen lasse, da wir geradezu Gefangene sind. Es ist jedoch notwendig, daß Jünnanfu die Begleitmannschaften nicht über die Grenze lasse. Augenblicklich sind alle Franzosen wohlbehalten. Der Vicontul in Peking fügt dieser Meldung hinzu, daß die Lage

in Peking noch immer bedenklich sei. Es kämen oft Verunruhigungen vor; bis jetzt hätte sich keinerlei ernstere Zwischenfall ereignet.

Rom, 20. Juni. (W. T. B.) Senat. Visconti-Venosta teilt ein Telegramm des italienischen Konsuls in Shanghai mit, das heute eingetroffen ist und versichert, daß die Gefandtschaften in Peking unverfehrt seien.

Tschifu, 19. Juni. (W. T. B.) Nach Meldungen aus Taku sind dort gestern 3000 Russen, ferner ein englisches und ein deutsches Detachement zum Schutze der Niederlassungen in Tientsin an Land gegangen. Das chinesische Nordgeschwader ist nach dem Hanse abgefahren. Von dem Entlastungsunter-See-mour ist seit dem 13. d. Mts. keine Nachricht nach Taku gelangt.

Washington, 20. Juni. (W. T. B.) Der amerikanische Konsul in Tschifu meldet telegraphisch, daß die Mission in Ostasien geplündert worden sei, der dortige chinesische General habe aber die Missionare nach einem andern Orte — man wisse nicht welchem — in Sicherheit gebracht. Die chinesischen Schiffe vor Tschifu seien südwärts in See gegangen. Die Russen führen fort, Truppen in Taku zu landen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der unlängst beendigte Streik in der Malabaster-Industrie, der seiner Zeit von den Arbeitern als reifstaltlos verlaufen erklärt werden mußte, hat den hiesigen Unternehmern doch noch eine ganz empfindliche Schlappe beigebracht. Die Herren Fabrikanten sind nämlich seit Ausbruch des Ausstands bis zum heutigen Tage, also während voller sieben Monate, nicht im stande gewesen, ihre Betriebe auch nur annähernd wieder auf die gleiche Höhe wie vor dem Streik zu bringen. Vorgefährungsweise sind zur Streikzeit ein größerer Teil der für Berliner Fabriken bestimmten Warenbestellungen in den Establishments in Thüringen gemacht worden, da doch die hiesigen Geschäfte zu dieser Zeit nicht lieferungsfähig waren. Dies Verhältnis scheint sich nun auch bis jetzt erhalten zu haben, denn die Fabriken an andern Orten haben vollumfänglich zu thun, während hier in zwei Fabriken die Arbeiterzahl sogar bis unter die Hälfte des früheren Bestands gesunken ist. Die Produktion von Malabasterwaren hat sich also mehr noch außerordentlich vermindert und zwar lediglich infolge des Streiks. Den größeren Nachteil hiervon haben wohl die Unternehmer, da die Arbeiter alle anderwärts Beschäftigung gefunden haben. Und das hat einzig und allein die Hartnäckigkeit und Herrschaft der Unternehmer gethan. Hoffentlich ziehen hieraus die Arbeiter auch eine Lehre und halten die Organisation fester im Auge.

Achtung, Filzschuharbeiter und Arbeiterinnen! Laut Beschluß der am 18. d. Mts. stattgefundenen Brandenburger-Versammlung der Filzschuhmacher dauert die Sperre über die Filzschuhfabrik von R u s e, Bülchingsstr. 24, unverändert fort und eruchen wir, diesen Beschluß zu beachten und den Zugang bis auf weiteres fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Ueber die Straßbahner gehen einem hiesigen Blatt von „kundiger Seite“ mehrere Nachrichten zu. Ein neuer Konflikt droht durch das Verhalten der Controlanten gegenüber den Fahrern und Schaffnern. Sie haben schon immer nicht gut miteinander gestanden; seit dem Ausstande aber wissen die Controlanten sich so sehr eins mit der Direktion, daß sie nicht mal mehr die Größe der ausständig gewordenen Angestellten erwidern. Es bedarf nur eines geringen Anstoßes, um der Empörung offenen Ausdruck zu geben, was höchstwahrscheinlich neue Maßregelungen zur Folge hätte. — Obere Beamte haben sich dahin geäußert, daß die Direktion in Zukunft für 23jährige Thätigkeit der Fahrer und Schaffner weder den bisher üblichen Glückwunsch abtatten, noch ein Geldgeschenk machen will. — Herr Wicher, der Leiter des ersten Ausstands, hat seinen Posten als Schaffner aufgegeben und wird in der Frankfurterstraße eine Kneipe eröffnen. Die Mittel dazu soll er pflöglich in der Lotterie gewonnen haben. (In welcher? Hoffentlich nicht in einer verbotenen? Red. d. „Wort.“)

Deutsches Reich.

Der Guttenbergbund als Streikbrecher-Organisation. Das Schicksal, durch eine Gerichtsverhandlung als Streikbrecher-Organisation charakterisiert zu werden, ist in einer Verhandlung vor dem Wiener Schöffengericht am 16. Juni er. dem „Guttenbergbund“ widerfahren. In einer Vernehmung mit dem Centrum's-Abgeordneten und Zeitungsverleger Joh. Fuchsangel, der sich, um seine arbeiterfreundliche Gesinnung zu beweisen, auf die bei ihm beschäftigten braven Guttenbergbündler, die er als Kaufreisiger für die gemafregelten — von ihm gemafregelten — Verbandsmitglieder engagiert, bezog, bezeichnete der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiter-Verbands, Aug. Brust, den Guttenbergbund als Streikbrecher-Organisation. Das Verhalten der Guttenbergbündler bei verschiedenen Kämpfen zwischen Gefilten und Prinzipalen, so auch in Bezug auf die Differenzen im „Berliner Lokal-Anzeiger“ bezeichnete Brust als „schamlose“ Handlungsweise. Dies gab dem Vorsitzenden des Guttenbergbundes, sowie 12 Mitgliedern Veranlassung, wider Brust Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen. Brust erbot sich, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Das Gericht ließ denselben aber nur beschränkt zu und zwar betrefend der Guttenbergbündler in ihrem Verhalten beim Streik im „Berliner Lokal-Anzeiger“. Durch die Bekundung des Buchdruckers Raffini-Berlin, dessen Aussagen durch Verlesung der protokollierten kommissarischen Vernehmung reproduziert wurden, hielt das Gericht den angetretenen Wahrheitsbeweis für erbracht. Wegen formaler Verleumdung wurde trotzdem auf eine Geldstrafe von 20 M. erkannt.

In der Frage der neutralen Gewerkschaften stehen sich innerhalb der christlichen Gewerkschaften zwei Richtungen diametral gegenüber. Die allwissende Richtung will nichts wissen von einem etwaigen Anknüpfen an die freien Gewerkschaften, wie Sieberts und Brust ihn bezeichnen. Die letztere (Glabdacher) Richtung hat bekanntlich auf dem christlichen Gewerkschaftsfongress den Sieg davon getragen. Der Kölner Verein „Arbeiterbund“ hat nun in einer Versammlung Stellung genommen zu den Frankfurter Beschlüssen und wurde nachstehende Resolution angenommen: „Die Versammlung des Verbandes „Arbeiterbund“ bedauert lebhaft, daß auf dem zweiten christlichen Gewerkschaftsfongress in Frankfurt a. M. gelegentlich des Antrages des Verbandes: „Stellungnahme zu den paritätischen Gewerkschaften“, von einigen Gegnern dieses Antrages der solche Veden verlassen und die in dem Antrage zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme als „Streikbrecheri“ untreu Vorlesenden bezeichnet worden ist. Demgegenüber erklärt die heutige, von Mitgliedern der verschiedenen christlichen Gewerkschaften, katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine zahlreich besuchte Versammlung des Verbandes Arbeiterbund, daß sie nach wie vor an dem christlichen Charakter der Gewerkschaften als unbedingte Notwendigkeit festhält und die periodischen Angriffe auf untreu verdienten Vorlesenden mit aller Entschiedenheit zurückweist. In der Erwägung, daß die Bezeichnung christliche Gewerkschaft nichts anderes bedeutet, als daß die Mitglieder dieser Gewerkschaften sich zur christlichen Weltanschauung bekennen, daß sie das christliche Eitengeseß anerkennen, daß sie im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes anstreben, daß sie den Klassenkampf als unethisch und unchristlich verwerfen, in der Erwägung ferner, daß es den christlich gesinnten Arbeitern gegenwärtig und für alle Zukunft absolut unmöglich ist, diese Grundanschauungen aufzugeben, so erklärt die heutige Versammlung des Verbandes Arbeiterbund es für zwecklos, irreführend und widerspruchsvoll, wenn von seiten einzelner christlicher Gewerkschaftsführer statt der christlichen sogenannten neutralen oder paritätischen Gewerkschaften in Aussicht gestellt werden.“

In Frankfurt a. M. streiken die Kupferschmiede. Die Barbier- und Friseurgehilfen von Frankfurt a. M. sind in den Streik eingetreten. Die Meister hatten die Regelung der Gehilfenlöhne in der Art vorgenommen, daß sie durch Erhöhung der Preise diesen die Trinkgelber entzogen (wöchentlich etwa 3 M.), die Löhne aber nur um 1 M. pro Woche erhöhen wollten. Ein Teil der Meister hat bewilligt. In den Straßen, in denen gar keine

Meister wohnen, welche bewilligt haben, errichten die streikenden Gehilfen Barbierstuben.

Ausland.

Aus Budapest wird einem hiesigen Blatt gemeldet: In der staatlichen Maschinenfabrik haben am heutigen letzten Termin 700 Mann die Arbeit wieder aufgenommen, während 2300 Mann noch ausständig sind. Die letzteren erklärt die Direktion für entlassen.

Sociales.

Die Frage der „Leutenot“ auf dem Lande scheint nun endgültig gelöst. Ein Inserat im „Leipziger Tagebl.“ lautet:

Mittergut Roetschen (an der Merseburger-Leipziger Chaussee) gewährt sofort 15 bis 20 bleichsüchtigen oder sonst städtischen, aber sonst arbeitswilligen Mädchen und Frauen längeren Erholungsurlaub mit freier Station inkl. reichlicher Lieferung bester Milch. Dieselben müßten, je nach Arbeitsleistung, gegen fünf bis sieben Pfennig Stundenlohn bereit sein, täglich mindestens sechs Stunden in Gärten, Baumgärten und Wiesen leichte Arbeit zu übernehmen, könnten aber auch durch Accorarbeit reichlichen Verdienst haben. Betreffenden sind mitzubringen resp. werden abgeholt. Meldungen zc.

Das ist in der That das probateste Mittel, den Arbeitermangel zu beseitigen, es ist billig und bringt seinem Anwender noch den Ruf eines Wohlthäters ein — vorausgesetzt, daß sich „städtische Frauen und Mädchen“ finden, die der Wohlthat teilhaftig werden wollen.

Eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise haben die Waldenburger Kohlenwerke beschloffen und solche bereits eintreten lassen. Sie beträgt für Kohlen 3 Pf.; im Laufe dieses Jahres ist damit der Preis der Kohle bereits um 11 Pf. pro Centner in die Höhe gegangen. Schmelzefohle ist ebenfalls seit Beginn dieses Jahres um 20 Pf. pro Centner gestiegen. Der Preis für Coals wurde je nach Qualität um 45, 60 und 90 Pf. pro Centner erhöht. — Arbeitslöhne sind untreu Wissen gar nicht oder nur ganz minimal erhöht worden.

Rückgang der Handweber. Aus dem soeben erschienenen fünfzigsten Jahresbericht der Handelskammer zu Schweidnitz entnehmen wir folgendes: Im Handelskammerbezirk, wozu die Kreise Schweidnitz, Waldenburg und Reichenbach in Schlesien gehören, haben sich im Berichtsjahre die mechanischen Webstühle um 241 vermehrt. Ende 1898 gab es deren 8883 und Ende 1899 9104. Die Handweber-Bevölkerung hat wiederum eine erhebliche Verminderung erfahren, und zwar von 5721 Personen auf 5267, also um 454 Köpfe. Im Februar 1896 betrug die Zahl der Handweber noch 7300; sie ging zurück im Jahre 1896 auf 6739, im Jahre 1897 auf 6310, im Jahre 1898 auf 5721. Der Rückgang während der letzten vier Jahre, wo sich infolge der Ausbreitung der Fabriken die Verminderung am stärksten bemerkbar machte, betrug demnach 2033 Köpfe oder rund 27,85 Proz.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Franz Oppenheimer über: „Ehe und Erziehung in der Zukunft.“ Gäste sind sehr willkommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kiel, 20. Juni. (W. T. B.) Se. Majestät der Kaiser hielt bei der Enthüllung der vor der Garnisonkirche aufgestellten Christusfigur eine Ansprache, in welcher er etwa folgendes ausführte: Meine lieben Kameraden, Offiziere und Mannschaften, Eure Gattinnen und Verwandten! Als das alte Jahrhundert zur Reize ging und das neue emporstieg, regte sich in mir der Gedanke, für die gesamte Marine ein einheitliches Erinnerungszeichen zu schaffen, welches dieselbe in dieser Weise noch nicht besitzt, welches die Traditionen, die Ueberlieferungen festhalten soll. Sie leben zwar in Herz und Mund, in Wort und Sinn — all dies erglüt nicht und ich erwog lange bei mir den Gedanken, in welcher Form dieses Erinnerungszeichen zu geben sei. Jährlich durchwandere ich die Schlachtfelder, doch alle jene Denkmäler und schlichten Tafeln dünkten mich nicht geeignet, ihre Stelle hier zu finden. Es galt die ganz eigentümlich schwere Aufgabe, die in der Marine liegt und in den Offizieren und Mannschaften verkörpert ist, richtig darzustellen, und der Zufall, oder lieber gesagt, Gottes Fügung hat es gewollt, daß ich bei dem Besuch eines Künstlerateliers diese padende und einen überraschenden Eindruck machende, diese gewaltige Schöpfung sah, und wie ein zuckendes Feuer durchfuhr es mein Herz, daß dies das Richtige sei. Jede Gefahr im Verufe sieht die Gemüter auf Gott. Wie viel mehr der Beruf in der Marine und die Aufgabe, die er stellt. Dieses Denkmal mit der zu Christi Füßen liegenden Frau soll auch für Sie, meine verehrten Damen eine Erleichterung bedeuten.“

Seine Majestät wies dann auf den großen Unterschied hinsichtlich der Berufsgefahren, zwischen dem Dienst an Land und dem zur See hin und schloß: „Und wenn das Denkmal für Sie ein solches Trost bringendes Erinnerungszeichen sein kann, dann ist mein Wunsch erfüllt. Und so übergebe ich das Denkmal der Marine mit der Hoffnung, daß es in Ehren gehalten werden möge. So falle denn die Hülle?“

Nachdem ein Choral vorgetragen war, nahm Admiral Küster das Wort, um im Namen der Marine den Dank für die Schenkung zum Ausdruck zu bringen, und sagte dann: „Und, die wir hier vereint sind, wird das Denkmal ein Wahrzeichen sein, daß wir uns Gottes Willen zu beugen haben, und daß wir in rechter Frömmigkeit und im Gebet die Kraft suchen müssen, die durchaus erforderlich ist. Es wird uns ein bereites Wahrzeichen sein von der Liebe und Gnade untreu heiliggeliebten Kaisers.“ Der Admiral wies dann auf die traurigen Vorgänge im fernem Osten hin und schloß mit dem Ruf: „Seine Majestät der Kaiser hurra!“

Zur italienischen Ministerkrise.

Rom, 20. Juni. (W. T. B.) Saracco ist eifrig mit der Bildung des Kabinetts beschäftigt, welche Fortschritte macht. In gut unterrichteten Kreisen teilt man mit, daß Saracco Präsident und Zurevers übernehmen werde. Rubini, ein hervorragender Finanzpolitiker, welcher als Präsident der Budgetkommission an der Herstellung des finanziellen Gleichgewichts mitgearbeitet hat, soll den Schaß übernehmen. Gallo das Unterrichts-, Carcano das Finanzministerium, Ponga di San Marino bleibt Kriegsminister. Morin soll das Postamt, Giannone das Justizministerium übernehmen. Die Verteilung der übrigen Portefeuilles ist noch nicht endgültig festgesetzt.

Der Krieg in Südafrika.

Kapstadt, 30. Juni. (W. T. B.) Der „Capstadt-Armas“ veröffentlicht ein Telegramm aus Lourenco Marques, nach welchem Feldmarschall Roberts Botha aufforderte, sich zu ergeben, um einen westeren Blutvergießen vorzubeugen. Vorha suchte um einen fünfjährigen Waffenstillstand nach, der aber abgelehnt wurde. Der Kampf wurde wieder aufgenommen. — Die Nahrungsmittel in Johannesburg sind jetzt billiger als vor Ausbruch des Krieges.

Paris, 20. Juni. (W. T. B.) Das Justizpolizeigericht verurteilte den Redakteur des „Echo de Paris“, Gemeinderat Velleter wegen Verleumdung des Oberlieutenants Picquart zu 2000 Franc Geldbuße und 100 000 Franc Schadenersatz.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen des 5. Berliner Reichstagswahlkreises halten am nächsten Sonnabend in der „Brauerei Friedrichshain“ am Königsplatz ein Volksfest ab, zu dem die Arbeiterklasse Berlins und der Umgegend hiermit eingeladen wird.

Achtung, 5. Wahlkreis! Die Genossen werden ganz besonders auf die heute Abend im „Kohlenhauer Hof“, Kohlenhauerstraße 11/12, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in der Genosse Ströbel über die allgemeine politische Lage sprechen wird. Gäste sehr erwünscht.

Achtung, 6. Wahlkreis! Um denjenigen Arbeitgebern, welchen es an Zeit mangelt, Gelegenheit zu bieten, sich dennoch in die Wahllisten zu der bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahl einzutragen zu lassen, haben sich untenstehende Genossen bereit erklärt, Anmeldungen in Empfang zu nehmen und richtig abzuschließen. Auch sind daselbst Formulare zur Eintragung in die Wahllisten zu beziehen und wird jede Auskunft erteilt: Für den 37. Wahlbezirk bei: Hoppe, Adlerstr. 21; Dieck, Adlerstr. 123; Hilgenfeld, Bergstr. 60; Weisler, Veteranenstr. 4; Linsow, Anklamstr. 53; für den 40. Wahlbezirk bei: Seidel, Neue Hofstr. 38; Krause, Müllerstr. 7a; Giesel, Bohrenstr. 40; Dobath, Sellenstr. 3; für den 46. Wahlbezirk bei: Krawczak, Müllerstr. 169a; Tauschel, Wiesenstr. 29; Dornbusch, Papestr. 9.

Wir ersuchen unsere Genossen, welche Arbeitgeber sind, sich zahlreich einzutragen zu lassen und überhaupt sich recht regen an der Wahl zu beteiligen, um zu verhindern, daß Leute gewählt werden, deren Urteil durch den engherzigen Klassenstandpunkt beeinflusst wird.

Charlottenburg. Heute Abend findet in der Gambrinusbrauerei die Verammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse Dr. Leo Arons über „Der Schnaps und die Arbeiter“ Vortrag halten wird.

Zu Rummelsburg findet Freitag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Café Bellevue“ eine Volksversammlung statt. Genosse Adolf Hoffmann spricht über die Stellung der Socialdemokratie zur Kirche.

Die Parteigenossen von Adlershof werden nochmals auf die heute, Donnerstag, bei Schmauser stattfindende Verammlung des Socialdemokratischen Vereins aufmerksam gemacht, in der Dr. Wehl über das Reichs-Suchengesetz spricht. Es ist notwendig, daß jeder Genosse der Organisation beitrete. Aufnahmen finden statt außer in der Versammlung beim Kassierer Neumann, Meyerstr. 5, und Gustav Tempel, Kronprinzenstr. 6.

Tokales.

Die neueste Phase in der Streikhauser-Angelegenheit

Hat das lebhafteste Mißfallen des Bauunternehmer-Verbands erregt. Bekanntlich hat das Berliner Magistratskollegium beschlossen, die Aufnahme der Streikhauser in die Bauverträge abzulehnen. Den Deputierten soll anheimgestellt sein, von den bisher üblichen Ausschreibungen engerer Submissionen abzugehen und die Arbeiten in öffentlicher Submision auszuscheiden. Sofern sich dabei geeignete Unternehmer nicht finden sollten, sollen die Arbeiten in eigener Regie ausgeführt werden.

Hierzu sendet der Vorstand des Verbands der Arbeitgeber im Baugewerbe für Berlin und die Vororte der Scharfmacherpresse folgende Mitteilung zu:

Wenn sich die Nachricht bewahrheiten sollte, hat der Magistrat durch diesen Beschluß den bisherigen ungerechten Zustand, daß die Bauarbeiterschaft bei ausbrechenden Streiks der Willkür der Arbeiterchaft preisgegeben ist, sanktioniert und damit unlegbar jenen gestiftet die Wege gebnet. Das Stärkerverhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer ist durch diesen Beschluß wiederum zum Nachteil der ersteren in einseitiger Parteinahme für letztere gesetzt, was für die fernere sociale Entwicklung und Gestaltung im Baugewerbe von einschneidender Bedeutung sein wird. Die Rechtsfreie des Beschlusses wird alsbald die sein, daß die „Hilfsbewerker“ in ihrer hoffnungsvollen Siegesstunde ob dieser einseitigen Kommunalwirtschaft ein übermäßiges Selbstbewußtsein erlangen und bei der Verlängerung des Vergleichsvertrags mit Forderungen auf dem Plane erscheinen werden, deren Unannehmlichkeit von vornherein jedem und vor allem ihnen selbst klar sein wird. Wenn dann die Berliner Bauarbeiterschaft nicht bewilligen kann, dann wird es der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt des Deutschen Reichs sein, der mit seinen Bauverträgen, in denen er die Unternehmer nach allen Seiten hin bedrängt und in ihrer Bewegungsfreiheit hemmt, liebevoll die Hand zur Erreichung aller, selbst der ungerechtfertigsten Arbeitsforderungen bietet. Ob von diesem Gesichtspunkt aus der moderne sociale Geist arbeitervreundlicher Reformen den Magistrat zu dem obigen Beschluß verleitet hat, mag dahingestellt bleiben, interessant ist es nur, daß das socialdemokratische Organ noch am 6. d. M., bei den städtischen Behörden ein solches Maß socialpolitischer Einsicht nicht voraussetzen zu können glaubte und nunmehr jubelt, daß der „reaktionäre“ Magistrat sich zu einem solchen Beschluß „ausgerafft“ hat. Daß der Magistrat sich damit krupellos über den jeweiligen offenbarten Standpunkt der gesetzlichen Bürgervertreter in der Stadtverwaltung und den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, welche in ihrer Sitzung vom 10. Mai den Antrag Singer auf Ablehnung der Streikhauser mit 80 gegen 38 Stimmen ablehnte, hinweggesetzt hat, ist in diesem Fall natürlich kein Verstoß gegen die sonst üblichen Verwaltungsprinzipien. Etwas anderes ist es ja, wenn es sich darum handelt, für die Arbeitgeber möglichst harte Submissionsbedingungen festzusetzen, da müssen die Anträge der socialdemokratischen Stadtverordneten in erster Linie berücksichtigt werden. Ein etwas zweifelhafter Punkt ist der, wo der Magistrat das Recht hernimmt, den vom Gelde der Steuerzahler gefüllten Stadtkästel nur um eines Princijs wegen um Tausende — in einem Fall sollen es 27 000 M. gewesen sein — zu verringern. Ist dies mit der Städte-Ordnung vereinbar, vor der der Stadtverordnete Singer so gern warnt?

Zunächst nicht alles, so soll durch dies Laborat die Regierung zu Gunsten der Bauunternehmer gegen den Magistrat klar gemacht werden. Die Haltung der Minister Thielens und Rheinbaben beim Straßenbahner-Ausstand hat die Herren offenbar ermutigt, einen solchen Ausfall zu riskieren. Recht komisch macht sich noch der Vorwurf der Begünstigung socialdemokratischer Tendenzen gegen denselben Magistrat, der sich bisher energisch geweigert hat, selbst für die beschriebene Forderung einzutreten, daß in den Submissionsbedingungen die Unternehmer zur Zahlung von Gewerkschafts-Löhnen angehalten werden.

Die städtische Schuldeputation läßt jetzt infolge des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung in Bezug auf die großen Sommerferien in Gemeindeschulen über folgende vier Fragen Erhebungen anstellen: 1. Wieviel Schüler waren im Juli 1899 in jeder Klasse? 2. Wieviel dieser Schüler waren im Anschluß an die Sommerferien 1899 beurlaubt? 3. Wieviel beträgt die Zahl der Schüler der jetzigen Klasse (1900), die Geschwister auf höheren Schulen haben? 4. War der Klassenlehrer oder die Klassenlehrerin selbst im Jahre 1899 im Anschluß an die Sommerferien beurlaubt?

Nachte Frauen im Polizeigewahrsam. Wir haben seiner Zeit die Mitteilung gebracht, daß auf Denunziation des Abgeord-

neten Koszen bei dem Kunsthändler Wendler Altstudien beschlagnahmt, später aber freigegeben worden sind. Herr Wendler teilt nun hiesigen Blättern mit, daß er trotz dieser Freigabe die größte Schwierigkeit hatte, die freigegebenen Bilder wieder in seinen Besitz zu bekommen. Die Sache zog sich trotz mehrfacher Schreiben des Herrn Wendler von März bis Mai hin. Schließlich erhielt er nur einen kleinen Teil, nämlich 12 von 242 beschlagnahmten Bildern, welche sich außerdem in einem solchen Zustand befanden, daß sie für ihn völlig unbrauchbar waren. Infolge dessen sah sich Herr Wendler veranlaßt, dem Polizeipräsidium eine Rechnung von 202 Mark über die unbrauchbaren und fehlenden Exemplare zu präsentieren. Am 1. Juni erließ Herr v. Neerichsdorf-Güllesien im Geschäftsbüro des Kunsthändlers und sagte, er würde das Geld von der Polizei erhalten, er solle sich nur noch einige Tage gedulden. Herr Wendler wartete bis zum 18. Juni vergebens. Dann übergab er die Angelegenheit zur Erhebung der Klage seinem Rechtsanwalt.

Dummheit, oder was sonst? Etlche nationale Blätter ziehen jetzt unbedingte über die Pilsener Brauereien her, deren hiesige Vertreter folgendes Cirkular verfaßt haben: „Nachdem die Erhöhung des Zolls auf ausländisches Bier vom Reichstage und Bundesrat angenommen ist und am 1. Juli er in Kraft treten wird, sehen sich unterzeichnete Vertreter böhmischer Brauereien gezwungen, von diesem Tage ab einheitlich einen Zuschlag in Höhe des Mehrzolls und zwar als „Plattenzoll“ mit 3.40 M. pro Dekoliter zu erheben. Die bisherigen Vierpreise und Konditionen bleiben bestehen.“

Ein hiesiges Agrarierblatt begehrt sogar die Thorheit, zu schreiben, jeder vernünftige Mensch habe sich bei Bewilligung der Plattendekung gefügt, daß die mäßige Zollerhöhung auf ausländisches Bier selbstverständlich von den ausländischen Erzeugern getragen werden müsse.

Ob das Blatt ein Beispiel rambast machen kann, wo sich die uraleke Bismarckische Gimpelfängerphrase, daß das Ausland den Zoll zahle, nicht als Schwindel erwiesen hat? Wie kann man besonders von ausländischen Unternehmern verlangen, daß sie die Kosten der Welt- und Wasserpolitik tragen sollen, wo die Herren doch mit aller Deutlichkeit gesehen haben, wie das deutsche Unternehmertum sich in den letzten Monaten herhaft drückt, für das „nationale“ Unternehmen mit seinem Geldbeutel einzutreten? Man darf auch wohl kühnlich behaupten, daß der Patriotismus der deutschen Bourgeoisie nicht einmal so weit reicht, um den sonst so arg verpönten Dohkotti, für den das Blatt dem Pilsener Bier gegenüber eintritt, mitzumachen. Patriotismus ist ein schönes Ding, aber er darf weder Geld kosten, noch Abstinenz fordern.

Zu dem Raubmordversuch an dem Goshphotographen Pfraum wird uns noch mitgeteilt, daß der Lehrling Hille am Montagabend sich dadurch verdächtig gemacht hatte, daß er nur zögernd das Geschäft verlassen wollte. Der Hausdiener, der die Thür zu schließen hatte, forderte ihn energisch zum Fortgehen auf, begab sich dann ins Atelier und dort nach dem Rechten zu sehen, und fand bei der Rückkehr ins Hinterzimmer den Lehrling nicht mehr vor. In dem Glauben, daß Hille unbemerkt fortgegangen sei, verschloß der Hausdiener das Geschäft. Hille hatte sich, wie bekannt, unterdeh in der Dunkelkammer versteckt. Herr Pfraum hat den verhältnismäßig günstigen Ausgang der Affaire lediglich dem Umstand zu danken, daß er erst in früher Morgenstunde, als bereits Personen im Hause auf den Beinen waren, nach Hause gekommen ist. In nächstlicher Zeit hätte der jugendliche Verbrecher ohne Zweifel seinen Plan leicht ausführen können, da die Vorbereitungen zu dem Ueberfall mit raffinierter Umsicht getroffen waren. Wie sich u. a. noch herausstellte, hatte Hille sich aus einer Koulonangahnur einen derben Strick zusammengeschlochten, um auch diesen als Angriffswaffe gegen seinen Prinzipal zu benutzen; auch hatte der Lehrling, um von sich den Verdacht möglichst abzulenken, die Arbeitskleider des Herrn Pfraum angezogen. In der Jodettische fand man das Vortennomine des Hille, welches den sich etwa auf 17 Mark belaufenden Inhalt der Tageskasse enthielt, die bereits in der Nacht von ihm geleert worden war. Während seiner Wirksamkeit im Geschäft hat der Verbrecher sich kaum besonders auffällig benommen, wenigstens hielt keiner seiner Mitarbeiter ihn einer Ungehörigkeit, geschweige denn eines schweren Verbrechens fähig. Das Verinden des Herrn Pfraum ist detart zufriedenstellend, daß er in wenigen Tagen das Krankenhaus wird verlassen können. Gestern ist er von Beamten der Staatsanwaltschaft kommissarisch vernommen worden, über das Ergebnis dieser Vernehmung ist jedoch nichts bekannt geworden.

Der Raubmörder Gönz und seine Ehefrau sind zum heutigen Donnerstag vor dem beauftragten Richter des dritten Civilsenats des Kammergerichts geladen, um in dem mehrfach besprochenen Erbschaftsprozess der Witwe Robiling und Genossen gegen den Nachlasspfleger des Gips-Schultheißer Nachlasses als Zeugen eidlich vernommen zu werden. Beide sollen in Gemäßheit des von dem Gerichtshof gefassten Beschlusses über die Thatsache Auskunft geben, welche von den beiden ermordeten Frauen, die Witwe Schulte oder Fräulein Clara Schulte, zuerst verstorben ist. Die Situation des Ehemanns Gönz, der bekanntlich immer noch seine Unschuld beteuert, ist eine ganz eigenartige. Nach der Prozeßordnung hat er das Recht, die Antwort auf die an ihn gerichtete Frage zu verweigern. Andererseits kann er auch die sich ihm so eigentümlich bietende Gelegenheit benutzen, unter dem Eide die Thatsache der Ermordung beider Frauen abzuleugnen. Die Ehefrau wird wahrscheinlich ihre Nichtwissenshaft bekunden. Es ist übrigens noch zweifelhaft, ob Gönz zum Termin transportiert werden wird. Voraussetzlich wird der beauftragte Richter unter den obwaltenden Umständen ersucht werden, die Vernehmung des Raubmörders im Untersuchungsgefängnis zu bewirken.

Der Stadtrat Jabel hat wegen Verlegung seines Wohnsitzes aus Berlin sein Amt niedergelegt.

Die vielgenannte Gattenmörderin Ida Braune aus Rüdersdorf ist geisteskrank. Sie hat den Behörden nach mehreren Nüchtungen viel zu schaffen gemacht, da lange Zeit auch durch die sorgfältigsten Beobachtungen nicht festzustellen war, ob ihr Verhalten auf Krankheit oder geistige Verstellung zurückzuführen sei. Am meisten machte die Frau durch ihre Flucht aus der Charité von sich reden, die sie gemeinsam mit einem jungen Manne nach einem äußerst schlow angelegten und durchgeführten Plan bewerkstelligte. Erst nach vielen abenteuerlichen Kreuz- und Querfahrten wurde sie mit ihrem Begleiter wieder ergriffen. Am 4. März v. J. wurde Ida Braune aus der Strafanstalt zu Delitzsch zur Beobachtung wieder nach der Charité gebracht. Von dort ist sie gestern als unheilbar krank der Irrenanstalt zu Dalldorf überwiesen worden. Ihr Nervensystem ist vollständig gerüttelt.

Weiteres Vorgehen der Polizei gegen Antisemiten. Die „Staatsb. Jg.“ schreibt: Heute erhielt der Buchhändler E. Reil, Friedrichstr. 238, vom Polizeipräsidium die Aufforderung, bei Vermeidung von 50 M. Geldstrafe, das Aushängen von Politischen Bilderbogen zu unterlassen. Man beruht sich auf Gesetzesparagrafen, die hier absolut nicht zutreffen, so auf § 9 des Preßgesetzes, welcher den Verleger einer Zeitschrift zur Einreichung eines Pflichtexemplars zwingt.

Zu eine gefährliche Lage gerieten gestern Mittwoch, nachmittag um 12 1/2 Uhr mehrere Personen an der Ecke der Leipziger- und Mauerstraße. Hier wollte ein Kaufmann H. aus der Wilhelmstraße mit seinem Zweirad über den Damm der Leipzigerstraße

fahren, als vom Westen her ein elektrischer Wagen der Linie Schöneberg-Alexanderplatz kam. In der Ecke sah er den Mechaniker W. aus der Görlißerstraße nicht, der ihm begegnete. Er fuhr ihn um und stürzte selbst mit dem Rade. Der Führer des elektrischen Wagens konnte diesen glücklicherweise noch rechtzeitig zum Stehen bringen. Der Mechaniker erlitt schwere Verletzungen am Kopf und am rechten Bein, der Radfahrer leichtere am linken Arme und rechten Arm. Beide mußten nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht werden.

Der Kindesmörder Adolf Gagel aus der Lübederstr. 47, der sich durch einen Schnitt in den Hals zu töten versuchte, wird voraussichtlich am Leben erhalten bleiben. Er liegt als Polizeigefangener im Sommerlazarett der Charité. Der Schnitt, den er sich beibrachte, ist bedeutend und hat auch die Luftröhre so schwer verletzt, daß dem Verwundeten eine Kanüle eingesetzt werden mußte. Das Befinden des Verletzten hat sich gebessert.

Strahensperrung. Die Schlußstraße von der Wichmannstraße bis zum Kigow-Ufer wird wegen Umbaus der Straßenbahn von heute ab und die Fehrbellinerstraße von der Schönhäuser- bis Kastanien-Allee vom 25. Juni ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Ein Zusammenstoß zwischen zwei elektrischen Straßenbahnwagen und einem Breal fand Dienstagnachmittag in der Prenzlauerstraße statt. Der Führer des Breals, ein Pferdehändler, wollte einen ihm folgenden Straßenbahnwagen der Linie Danzigerstraße-Kollendorsplatz anweichen, als ein zweiter Motorwagen derselben Linie aus der entgegengesetzten Richtung herankam. Das Pferd des Breals scheute, sprang auf das Geleise zurück und das leichte Fuhrwerk geriet zwischen die beiden Elektromotoren. Es wurde total zertrümmert und der Pferdehändler auf den Fahrdamm geschleudert. Er erlitt nur unerhebliche Kontusionen, während das Pferd schwer verletzt wurde.

Auf der elektrischen Straßenbahn verunglückt ist gestern nachmittag der 67 Jahre alte Arbeiter Karl Pietscher aus der Muladstr. 1. Er wurde an der Ecke der Kohlenhauer- und Auguststraße umgefahren und ein Stück Beag mitgeschleift und zog sich einen schweren Bruch der rechten Schulter zu. Ein Schuhmann des 12. Reviers brachte den Verunglückten in ein Krankenhaus.

Ein „Parodie-Theater-Ensemble“ tritt unter Leitung des Herrn Hugo Basse zur Zeit im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater auf. Cavalleria, Heimit und Troubadour müssen bluten, und man kann sagen, daß den biederen Künstlern die Kallauer und überraschenden Wendungen oft nur so aus dem Kermel fallen. Ob die Gesellschaft trotzdem reuiffieren wird, mag dahin gestellt bleiben, nachdem die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, daß auch das sonst für rechte Scherze recht empfindliche Berliner Publikum der parodistischen Kunst, die ihm z. B. in der Oranienstraße geboten wurde, nicht allzu begierig nachgelaufen ist. Die im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater auftretenden Herren und Damen sind in ihrem Fach wohl bewandert und überwinden die Tragik der von ihnen verarbeiteten Stoffe mit hervorragender Eleganz. Was dem Ensemble einen bei alledem fast zur Wehmut stimmenden Reiz gibt, ist der Umstand, daß ein ehedem auf der Operettenbühne hochangesehener Künstler, Herr Karl Swoboda, parodistisch mitwirkt. Wer das vor zwanzig Jahren prophezeit hätte!

Kiehlings große Spezialkarte vom Grunewald, 6farbig, 1 M., ist bei Alexius Kiehl in Berlin SW. soeben in liebenter Auflage erschienen. Die in dem großen Maßstabe 1 : 25 000 gezeichnete Karte giebt ein treues Bild des gegenwärtigen Zustands. Schaulaufen und Pfadsterwege, sowie alle lohnenden Touristenwege sind in besondern Farben angelegt; eine Anleitung zur sicheren Orientierung in dem umfangreichen Waldgebiete, sowie Vorschläge zu 30 größeren Grunewaldwanderungen sind der Karte beigelegt, die auch einen vollständigen Straßenplan der Gemeinden Grunewald-Schlachtensee enthält.

Feuerbericht. Mittwochnachmittag wurden Grüner Weg 67 verschiedene Bodenkammern und ein Teil der Dachkonstruktion durch Feuer beschädigt. Vorher erfolgten Alarme nach Neue Hofstr. 18 und Fruchtstr. 73 aus unbedeutenden Anlässen. Am vorbeigehenden Abend entzündete Leuchtgas in der Markgrafenstr. 53 eine Bretterwand. Kleinere Zimmerbrände waren Auguststr. 61, Chorinerstr. 12 und Maderstr. 133a zu befechtigen. Durch Selbstzündung erfolgten Kastanien-Allee 18 und Zionskirchstr. 52 Fehrlöhlenbrände.

Aus den Nachbarorten.

Kommunale Sparbüchsen. Nach den Abmachungen für den Bau des Feltower Kanals sollen diejenigen Gemeinden, die sich von dem Kanal besondere Vorteile versprechen dürfen, zu erhöhten Kostenbeiträgen für das Unternehmen noch besonders herangezogen werden. Damit nun die Aufbringung dieser Beiträge den beteiligten Gemeinden nicht zu große Schwierigkeiten verursacht, hat Landrat v. Stubenrauch angeregt, daß diese Gemeinden beizuteilen schon einen Kanal-Kostenfonds anlegen mögen, und zugleich empfehlen, diesen Fonds namentlich die Mehrbeträge an Umlagesteuer zugrundelagelassen, auf deren Eingang die Gemeinden infolge der regu Grundladespekulation, wozu der Kanalbau den Anlaß gegeben, in den nächsten Jahren mit einiger Zuversicht rechnen dürfen. Die Gemeindevertretung von Groß-Lichterfelde hat dieser Anregung in ihrer letzten Sitzung bereits eine praktische Folge gegeben, indem beschlossen wurde, das nach Abschluß der Rechnung des laufenden Staatsjahrs sich ergebende Mehr an Umlage- und Wersteuer als Grundstock für einen derartigen Fonds zu verwenden und mit der Ansammlung von Geldern für den gleichen Zweck auch in den folgenden Jahren fortzuführen.

Geriichts-Beitung.

Eine Episode aus den Straßennruhen bei Gelegenheit des Ausstandes der Straßenbahner beschäftigte gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Rats Busch. Am 19. Mai kam es in der Pringenzstraße an einer dortigen Straßenbahn-Haltstelle zu einer großen Menschenansammlung. Die wenigen im Betriebe befindlichen Wagen der Straßenbahn wurden von dem angesammelten Publikum mit Hällen und Gekrärei empfangen. Nach der Aufgabe der Schulleute Hartmann und Otto ist der Kaiser-Gust. Pilz, der in bloßen Hemdsärmeln an der Haltstelle stand, auf einen der Wagen gesprungen und hat die Kontaktstange mit einem lähnen Rud ausgeschaltet, so daß der Wagen ganz plötzlich zum Stillstand kam. Da der eine Schuhmann beobachtet haben wollte, daß Pilz diese Thätigkeit schon bei mehreren Wagen ausgeübt hatte, so wurde schließlich zur Sistierung des Pilz geschrieben. Die Menge wurde dadurch außerordentlich erregt. Ramentlich soll der Arbeiter August Wendt dem Sistierten wiederholt zugerufen haben, daß er nicht gelien habe, soll dann in der Anwendung von Gewaltigkeiten gegen die Schulleute von der Menschenmenge unterstützt worden sein und es soll auch wiederholt der Versuch gemacht worden sein, die Beamten von dem Sistierten zu trennen. Bei der Abführung des Pilz erhielt der eine Schuhmann einen halben Mauerstein von hinten ins Kreuz geworfen, große Holzstücke kamen gepflogen, kurz, die Situation war eine nicht ungefährliche. Die Folge dieser Szenen war gegen Pilz eine Anklage wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes, gegen Wendt eine solche wegen verurtheilung Gefangenenbesetzung und Beleidigung. Außerdem waren beide wegen groben Unfugs angeklagt. Der Staatsanwalt erachtete den von den Angeklagten bestrittenen Thatsachendurch die Beweisnahme für erwiesen, nachdem auch der als Sachverständiger

vernommene Betriebsverhältnisse Vorleser Munde bekümmert hatte, daß ein so plötzliches Ausschalten der Konstante bei einem in Fahrt befindlichen Wagen zweifellos eine Gefährdung des Wagens darstelle. Der Staatsanwalt erkannte an, daß sich die Straßenbahnfahrer selbst bei dem Ausfahrlauf ruhig verhalten haben, hielt es aber für notwendig, diese „gefährlichen Erzeugnisse eines raudalustigen Mob“ mit aller Schärfe zu bestrafen, da jeder, der sich an solchen Skandalen beteilige, eine große Gefahr für die Sicherheit der Mitbürger herbeiführe. Er beantragte gegen Wilz ein Jahr, gegen Wendt 6 Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Lieblich hielt den Tatbestand nicht für genügend aufgeklärt und beantragte namentlich das Strafmaß. Nicht bloß der Mob, der Janhagel und arbeitsscheues Gefindel habe den Straßenbahnern Sympathie bezeugt, sondern die gesamte Bevölkerung Berlins und wenn die untere Bevölkerung um die Mittagszeit ihre Sympathie in unzulässiger, allzu intensiver Weise demobete, so könne dies nicht zur Verhinderung der Strafe Anlaß geben. Der Gerichtshof war der Meinung, daß das Verfahren der Angeklagten keineswegs Anspruch auf Sympathie habe, es vielmehr bedauerlich sei, daß der „Berliner Janhagel“ einen solchen Anlaß zu derartigen Exzessen ausbente. Solch rohes, gewalttätiges und gemeingefährliches Vorgehen erheische nachdrückliche Sühne. Der Gerichtshof verurteilte beide Angeklagte zu je neun Monaten Gefängnis, ordnete auch ihre sofortige Verhaftung an, obwohl beide verheiratet sind.

Polizeipräsident und „Satyr“. Der Polizeipräsident v. Windheim war gestern im Gerichtsgebäude erschienen, um in zwei Anklagesachen, die seine Person als den Beleidigten betreffen, als Zeuge aufzutreten. Zunächst stand Termin vor der ersten Strafkammer gegen den Redakteur der „Welt am Montag“ Herrn Gerhard Flich und Herrn v. Gerlach an. Es handelte sich um einen Leitartikel, der am 2. April in der genannten Zeitung erschienen war und das Verhalten des Polizeipräsidenten gegenüber der Zeitschrift „Satyr“ in einer Weise kritisierte, wodurch die Staatsanwaltschaft sich veranlaßt fand, Anklage wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten zu erheben. Da der Angeklagte Flich wegen plötzlicher Erkrankung am Erscheinen verhindert war, so mußte die Sache vertagt werden.

Die zweite Anklage richtete sich gegen den Herausgeber des „Satyr“, Dr. Alexis Schleimer, welcher einen Artikel ähnlichen Inhalts in der Nummer der „Welt am Montag“ vom 23. April veröffentlicht und die Verantwortung für diese Nummer durch Zeichnung selbst übernommen hatte. Der Artikel rügte, daß das Polizeipräsidentium in besonders scharfer Weise gegen die Zeitschrift „Satyr“ vorgehe und mit den Beschlagnahmen gegen dieselbe fortfahre, obgleich eine ganze Anzahl Richter die Beschlagnahme wieder aufgehoben habe. Es wurde u. a. behauptet, daß das Polizeipräsidentium „unter kalter Rücksichtung des öffentlichen Rechtsbewußtseins die Beschlagnahmen fortsetze.“ Es wird auch von „unerhörter Vergewaltigung“ gesprochen. Der Angeklagte betonte, daß ihm eine beleidigende Absicht gegen den Polizeipräsidenten ferngelegen habe, er habe deshalb geflüstert, wie vom „Polizeipräsidentium“ gesprochen, um darzutun, daß er nur die Sache habe treffen wollen. Im übrigen sei er auch heute noch überzeugt, daß bei der Beschlagnahme des „Satyr“ nicht sachlich vorgegangen sei, sondern daß man sich haben rächen wolle, weil in der Zeitschrift das Polizeipräsidentium zum Gegenstand spöttischer Angriffe gemacht worden sei. Er sei bereit, nach verschiedenen Richtungen hin den Beweis der Wahrheit anzutreten. Der Angeklagte berief sich darauf, daß bezüglich einer ganzen Anzahl von Ergänzungen und Beilagen, die im „Satyr“ gestanden und von der Polizei als unzulässig betrachtet worden, die Gerichte anderer Ansicht gewesen seien, als das Polizeipräsidentium. Er verwies auf die ganz abnorme Häufigkeit des Verbots des Straßenverkaufs des „Satyr“ gegenüber andern Blättern, die auf demselben Standpunkt stehen, auf die ungewöhnliche Schärfe bei der Durchführung der Konfiskationen und überreichte eine Anzahl von Witz- und Tagesblättern, in welchen Pikanterien der allerstärksten Art unbeanstandet geblieben seien. Der Angeklagte blieb dabei, daß es die Tendenz der Polizei sei, unter allen Umständen dem „Satyr“ etwas anzuhängen und daß bis zur Nr. 20 nur solche Nummern verboten worden seien, welche Angriffe auf die Polizei enthielten. — Zeuge Polizeipräsident v. Windheim bestritt die Richtigkeit dieser Ausführungen. Der inkriminierte Artikel mache ihm den Vorwurf, daß er nicht von sachlichen, sondern von persönlichen Momenten sich leiten lasse und sich willkürlich über das Gesetz hinwegsetze. Das Gegenteil sei der Fall. Der Staatsanwalt hielt bei der Schwere der Beleidigung eine Freiheitsstrafe geboten, er beantragte drei Monate Gefängnis und Publikationsbefugnis für den Polizeipräsidenten. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor v. Winterfeldt, verurteilte das Urteil dahin, daß der Angeklagte der Beleidigung aus § 188 Str.-G.-B. schuldig sei. Ihm sei aber infolge der Schwere des § 193 zugebilligt worden, als er der Hoffnung sein konnte, daß durch den beanstandeten Artikel weniger scharf gegen den „Satyr“ vorgegangen werden würde. In der Form liege aber eine Beleidigung vor, der Beweis der Wahrheit sei misslungen, der Polizeipräsident in seinem Recht. Es sei auf eine Geldstrafe von 500 M. erkannt und dem Polizeipräsidenten die Publikationsbefugnis in der „Welt am Montag“ zugesprochen worden.

Der Giftmord am Teufelssee, der morgen, Freitag, das Schmutzgericht zu Potsdam beschäftigt wird, erregt das lebhafteste Interesse weitester Kreise, da er in seinen krasse Einzelheiten und in seiner Verwickelung mit dem tollsten obergläubischen Hofskandal das Unglaublickeste ist, was die Kriminalgeschichte der letzten Jahre gezeitigt hat. Bemerkenswert ist, daß der Angeklagte Janicke, der erst 25 Jahre alt ist, behauptet, große Mengen Goldes herbeizubringen zu können; das Pulver, das er der von ihm getöteten Luise Berger gegeben, ist seiner Angabe zufolge nach dem Rezept eines Zauberbuchs hergestellt worden. Janicke hat sich wegen Mordes und schweren Raubes zu verantworten. Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Verteidiger, nochmals Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten geltend zu machen.

Ein großer Betrugprozess wird demnächst in Moabit zur Verhandlung kommen. Es handelt sich dabei um den seit März dieses Jahres in Untersuchungshaft befindlichen Ingenieur Seele, der unter der Maske eines genialen Erfinders ein verstand, leichtgläubige Kapitalisten um hohe Summen zu pressen. Er richtete in Berlin ein großes Bureau ein und engagierte verschiedene Ingenieure, Buchhalter und Schreiber, um seine Kreditgeber vertrauensvoll zu machen. Letzteren erzählte er von epochenmachenden Erfindungen, die er patentamtlich angemeldet habe, und die ihm Riesensummen einbringen würden. So stieß er mit dem Eisenbahnministerium in Unterhandlung wegen Verkauf seiner Erfindung, die es ermöglichte, daß die heftigen Stöße beim Fahren auf der Eisenbahn beseitigt würden. Für Abtretung des Patents erhalte er vom Reich 300 000 M. Auch mit seinen angeblichen Beziehungen zu hochstehenden Personen renommierete er. Dem Kaiser wollte er vorgestellt sein und ihm ein neu erfundenes Untersee-Torpedoboot vorgeführt haben. Auch behauptete er, vom Bankier Rothschild mit der Bildung einer großen Finanzgruppe zur Gründung industrieller Unternehmungen betraut zu sein. Durch solche Fiktionen gelang es ihm, zahlreiche Geld- und Geschäftsleute zur Hergabe von Geldsummen zu bewegen. Auch Grundstückskauf schloß er ab, obgleich er keinen Heller Geld besaß. So schloß er unter anderem auch einen Kaufvertrag mit einem Fabrikbesitzer in Ludenwalde ab und bezog dann mehrere Geschäftsleute, als Teilhaber in das Geschäft mit einzutreten. Als Anzahlung auf die Fabrik gaben jene Teilhaber Wechsel in Höhe von 20 000 M., doch hat Seele die Aktepte einfach verfilbert und seine Privatguthaben davon bezahlt. Die gerichtliche Verhandlung wird jedenfalls mehrere Tage in Anspruch nehmen, da der Staatsanwalt allein über 30 Zeugen geladen hat.

Versammlungen.

Der Streik in Finsterwalde wurde am Dienstag in einer Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen besprochen. Die Referenten, Verunst aus Finsterwalde und Kiesel schilderten die Situation folgendermaßen: Der Streik währt jetzt bereits in der

zehnten Woche. Von den 497, meist weiblichen Personen, die in den Streik traten, sind nur sechs abgefallen, die Streikbrecherdienste leisten. Ein Beweis, daß die Streikenden fest entschlossen sind, auszuharren, bis ihnen ihre Forderungen bewilligt werden. So gering auch die Forderungen der Streikenden sind, sträubten sich doch die Fabrikanten beharrlich, dieselben anzuerkennen. Sie behaupten, die Konkurrenz mache ihnen die Bewilligung unmöglich. Dabei sei zu bedenken, daß die Finsterwalder Fabrikanten es sind, die eine wahre Schundkonkurrenz hervorgerufen haben. Sie verkaufen in Berlin das Tausend Cigarren zu 18—19 M., die in Finsterwalde selbst zu 24—25 M. abgesetzt werden. Um Stimmung gegen die Streikenden zu machen, habe ein Finsterwalder Fabrikant einem Berliner Kunden geschrieben, die Finsterwalder Tabakarbeiter verdienen 19 bis 20 M., und die Arbeiterinnen 15 M. wöchentlich. Das sei eine krasse Unwahrheit. Wenn nur der dritte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen solche Löhne erhielten, dann wäre es nicht zum Streik gekommen. Bei den jetzigen Löhnen haben die Wiedelmacherinnen einen Durchschnittslohn von höchstens 5—7 M., die Kollertinnen einen solchen von 8—9 M. und männliche Arbeiter durchschnittlich 11,69 M. verdient. — Wie das immer der Fall ist, so seien auch bei diesem Streik seitens der Fabrikanten alle möglichen Maßnahmen getroffen worden, um den Erfolg des Lohnkampfes zu hintertreiben. Zunächst habe man die Arbeiterinnen unter allerlei Vorwänden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen gesucht. Zu diesem Zweck seien einzelne Fabrikanten sogar persönlich zu den Arbeiterinnen gegangen. Aber alle Mühe sei vergebens gewesen. Die Arbeiterinnen hätten ein so festes Zusammenhalten gezeigt, wie es wohl noch bei keinem Streik dagewesen sein dürfte. Auch in noch anderer Richtung hätten manche Unternehmer ihren Einfluß geltend gemacht. So habe man einigen Arbeiterinnen, deren Mütter Armenunterstützung bezogen, gedroht, den alten Frauen werde das Armengeld entzogen, wenn ihre Töchter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Drohung habe zwar den gewünschten Erfolg nicht gehabt, wohl aber sei einer der betreffenden alten Frauen die Unterstützung, die sie bis dahin erhielt, tatsächlich entzogen worden. — So weit jetzt in den Fabriken gearbeitet wird, geschieht es ohne Rücksicht auf die Bundesrats-Verordnung. Die Arbeiterinnen würden länger beschäftigt, als es die Verordnung zuläßt und auch des Sonntags werde gearbeitet. Diese offensibaren Gesetzesverletzungen hätten die Streikenden der Polizei angezeigt, doch sei noch nicht bekannt geworden, daß die Behörde dagegen eingeschritten wäre. — Einem Polizeibeamten, der auch Cigarren fabrizieren ließ, die er bei Gastwirts absetzte, habe man das Handwerk gelegt, indem diese Angelegenheit öffentlich besprochen wurde. Weiter wiesen die Redner darauf hin, daß es sich bei dem Finsterwalder Streik um eine Machtprobe handle, an der nicht nur die Cigarrenfabrikanten, sondern auch die übrigen industriellen Unternehmer interessiert seien, denn wenn es den Tabakarbeitern gelänge, ihre Löhne aufzubessern, dann würden auch die Unternehmer anderer Branchen, namentlich der Textilindustrie, die Löhne erhöhen müssen. Aus diesem Grunde halte das gesamte Unternehmertum in Finsterwalde zusammen, um eine dauernde Niederlage der Arbeiter herbeizuführen. Darum gelte es, diesen Kampf auf Seiten der Arbeiter mit aller Energie durchzuführen. An die Berliner Arbeiterschaft werde appelliert, daß sie den Kampf unterstütze. Die Berliner Arbeiter hätten die Pflicht, dahin zu wirken, daß die Schankwirte, bei denen sie verkehren, keine Cigarren von Finsterwalder Fabrikanten führen, die nicht bewilligt haben. — Die Versammlung nahm eine Resolution an, des Inhalts, daß im Einverständnis mit der Gewerkschaftskommission und den Vertrauensleuten der Partei Volksversammlungen einberufen werden sollen, um die Berliner Arbeiterschaft zur Unterstützung des Finsterwalder Streiks in obigem Sinne zu interessieren.

Die Marmor- und Granitarbeiter hielten am Dienstag eine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, in welcher der Geschäftsleiter Wittke über den 10. Kongreß der Steinarbeiter Deutschlands berichtete. Nach einer längeren Diskussion, die dem ausführlichen Bericht folgte, gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden erklärten und sich verpflichteten, für die Durchführung derselben zu wirken. Eine weitere Resolution, in der es verurteilt wird, daß der Bericht im „Vorwärts“ über den Kongreß, trotz rechtzeitiger Einwendung desselben, erst einige Zeit später und in zu sehr gedrängter Form erschienen ist, im Gegesatz zu den Berichten von Verhandlungen anderer, sogar gewerkschaftlicher Organisationen, soll der Pressekommision zur weiteren Veranlassung unterbreitet werden. Als Mitglied des Centralausschusses wurde Gerstenberger und in die Agitationskommission Gerstenberger und Schütz gewählt. Unter Verschiedenem wurde zur rechtzeitigen Einzeichnung in die Wählerlisten zu den Gewerbegerichtswahlen aufgefordert und sodann auf das am 24. d. M. in den Arnimhallen stattfindende Sommervergütigen hingewiesen. Anfangs Juli soll eine Versammlung stattfinden, in der über die notwendige Beitragserhöhung beschlossen werden wird.

Die Delateure hielten am Montag eine stark besuchte Versammlung ab. Genosse Jahn referierte unter lebhaftem Beifall über „Das kommende Jahrhundert“. Der Vertrauensmann Rasch erstattete hierauf den Bericht über seine Tätigkeit, sowie über Einnahmen und Ausgaben zur Agitation im vorigen Jahre. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung behaupteten und die von ihnen beantragte Entlastung erteilt war, wurde Rasch aufs neue als Vertrauensmann einstimmig ernannt. Lehmann erstattete nunmehr den Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung im vergangenen Monat. Wenn es auch nicht möglich war, alle aufgestellten Forderungen zu erlangen, so konnte man aber mit dem in so kurzer Zeit, ohne Arbeitseinstellung Ertragungen wohl zufrieden sein, da auch die Organisation erheblich gefördert wurde, indem fast alle Berufsgenossen derselben gegenwärtig angehören. Der bis zuletzt geleisteten Widerstand der Firmen Rasch und Blumenthal sei ebenfalls überwunden. Für die Zukunft müsse man darauf bedacht sein, nicht nur das Erzeugnis zu erhalten, sondern auch das Versäumte nachzuholen, insbesondere die Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit. Die Erhöhung der Lohnsätze: für Weitzer resp. Werkführer 35 M., für Ausschläger 26, für Abhörer 25, Wiedelmacher resp. Abhörer 21, desgleichen für Hilfsarbeiter, Ausseher 23, Ablieferer 30, zweite Ablieferer 24 M. pro Woche; Ueberstunden doppelter Lohnsatz, Waiseler, Entnahme der Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis der Organisation, gelten vom 29. Mai d. J. Im Verlauf der sehr lebhaften Besprechung, an welcher sich eine Anzahl Redner beteiligten, wurde u. a. bemerkt, daß einige Firmen, insbesondere Gottschalk u. Laßla, Kattarschaffka u. Geiger, unermäßig Ueberstunden verlangen, bezw. nur die früheren Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten lassen wollen. Einem Antrag Kapsel entsprechend, werden alle Delateure und Berufsgenossen verpflichtet, für Innehaltung der neuen Lohnsätze zu sorgen und alle Befehle sofort dem Vertrauensmann mitzuteilen. Die Sperre über die Firma Bömele (Mühlberg) bleibt bestehen. Zum Schluß wurde zur pünktlichen Zahlung der Beiträge an die Organisation, sowie zur regen Beteiligung an den Gewerbegerichtswahlen aufgefordert.

In Gunsten der Konsumvereine-Bewegung fand am Montag eine zahlreich besuchte Volksversammlung im Ballschmiedersaal in der Badstraße statt. Die Tagesordnung lautete: Was haben die Sozialdemokraten und Gewerkschaften bisher zur Beseitigung des Lebensmittelwunders, der kapitalistischen Ausbeutung und der wirtschaftlichen Anarchie getan? Der Referent Genosse v. Elm schilderte seinem Vortrage die Bemerkung voraus: Die aufgestellte Tagesordnung habe — wie ihm gejaugt worden sei — bei manchem Parteigenossen Anstoß erregt. Er wolle deshalb gleich sagen, daß hier keineswegs ein Attentat auf die Partei ausgeübt werden solle. Keiner, und er am wenigsten könne behaupten, daß die Partei und die Gewerkschaften auf dem in der Tagesordnung bezeichneten Gebiet nichts getan hätten. Das Thema sei nur deshalb in dieser Form gewählt, um Interesse für die Versammlung zu erwecken und einen guten Versuch zu erzielen, denn in Berlin, wo das Interesse für die Konsumvereine noch gering sei, bedürfte es eines jugkräftigen Themas.

In seinem Vortrage erörterte der Referent das Wesen und die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine, in Verbindung mit Produktionsgenossenschaften. Wie die politische und gewerkschaftliche, so sei auch die Genossenschaftsbewegung ein Zweig der Emancipationsbestrebungen des Proletariats. Der Redner wies im einzelnen nach, welche wirtschaftlichen Vorteile dem Konsumenten aus der Organisation des Konsums erwachsen, und schloß weiter aus, daß es Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters sei, das Genossenschaftswesen, welches mit den sozialdemokratischen Ideen durchaus im Einklang stehe, zu fördern. — Dem Vortrage folgte eine längere Aussprache, in der prinzipielle Einwendungen gegen das Genossenschaftswesen nicht erhoben wurden. Wie aus den Ausführungen einiger Redner hervorging, hatte die Versammlung in erster Linie den Zweck, Propaganda zu machen für den Konsumverein Nord, der in nächster Zeit zwei neue Verkaufsstellen zu eröffnen gedenkt.

Verband der Tapezierer. In der am 13. d. Mts. stattgehabten kombinierten Versammlung berichtete Leo Schmidt über die letzte Sitzung der Schlichterkommission. Es wurden noch folgende Punkte festgesetzt: bei Nachtarbeit wird 100 Proz. Zuschlag, bei Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag gezahlt, für Näherinnen beträgt der Stundenlohn 32 Pf., Ueberstunden werden mit 10 Proz. Zuschlag berechnet. Bei Sonntagsarbeit hat der Unternehmer für die polizeiliche Felaubnis Sorge zu tragen. Ferner wurde beschlossen, daß in Lohnverträgen Accord nicht eingeführt werden darf. Bezüglich der Reisepfesen wurde kein bestimmtes Resultat erzielt, es bleibt daher der freien Vereinbarung überlassen; den Kollegen wird es zur Pflicht gemacht, sich vor Antritt der Reise mit dem Unternehmer hierüber ins Einvernehmen zu setzen. Sämtliche nachträgliche Bewilligungen werden gedruckt und so eingerichtet, daß sich die Kollegen dieselben vor besseren Orientierung in ihre Mitgliedsbücher einlesen können. Der Abrechnung vom Streik ist zu entnehmen, daß die Einnahme 4413,80 M. betrug, dazu an Darlehen 4750 M., macht zusammen 9163,80 M. Ausgegeben wurden 6572,52 M., an Darlehen zurück 3250 M., macht zusammen 8822,52 M., bleibt Bestand 341,28 M. Mitkin sind von den aufgenommenen Darlehen noch 2500 M. zurückzugeben. Die Abrechnung ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden und wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Auf Antrag des Kollegen Pönike wird beschlossen, bis zur Regelung des Vertrags durch die Generalversammlung 50 Pf. pro Woche zum Reservefonds zu legen. Ferner wird ein Antrag des Kollegen Großer angenommen, welcher bestimmt, daß wie in Berlin den Wochenbeitrag inkl. des Beitrags zum Reservefonds auf 40 Pf. erhöhen, gleichviel ob die Generalversammlung 20 oder 25 Pf. Verbandsbeitrag festsetzt, die Delegierten werden dementsprechend für Berlin den Druck von 40 Pf. Marken beantragen. Auf eine Anfrage betreffs Gründung einer Filiale der Kleber birtet Weis, diese Sache der Ortsverwaltung zu überweisen und wird dementsprechend beschlossen. Die Liste derjenigen, welche bei unfer Lohnbewegung Streikbrecherdienste getan, wurde verlesen. Der Vorstand wird dieselbe noch ergänzen und dann diese Ehrenmänner zur öffentlichen Kenntnis bringen. Hierbei ist zu bemerken, daß auch die Kleinmeister Winkelmann und Otto Jock während des Streiks die Rolle von Arbeitswilligen übernommen hatten.

Die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielten am 11. d. M. im Englischen Garten, Alexanderstr. 270, ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Genosse Th. Wegner hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Stillschließung der heutigen Gesellschaft.“ Eine Diskussion fand nicht statt. In die Werkstatt-Kontrollkommission für den Bezirk Süd-Osten wurde Kollege Brock, als Obmann derselben Kommission Kollege Lehr gewählt.

Nachdem noch mehrere Verbandsangelegenheiten erledigt waren, gab der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Mitglieder-Versammlung eine Generalversammlung sei und am 9. Juli im Englischen Garten stattfinden. Den Mitgliedern diene zur Mitteilung, daß der Vorstand für Bezirk Süd-Westen eine Zahlstelle bei Werner, Hagenbergstr. 2, errichtet hat, und wird Kollege Pöste von jetzt ab jeden Sonnabend von 8 Uhr an daselbst Beiträge entgegennehmen.

Die Zahlstelle I des Bauerverbands hielt am Sonntag, den 10. d. M. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß die Kollegen Dietrich und Berger verstorben sind. Den Verstorbenen zu Ehren erhoben sich die Mitglieder von ihren Plätzen. Darauf hielt Genosse Grempe einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Elektricität und Maschinen im Baugewerbe. Nach Beendigung der Diskussion über den Vortrag gab der Vorsitzende bekannt, daß noch keine weiteren Meldungen von den Zahlstellen der Umgegend, über die Kollegen, die sich mit Bauarbeiten beschäftigen, gemacht worden sind, außer von der Zahlstelle Sichterfelde. Vom Kollegen Budach wurde zum Einschreiben in die Listen zur Gewerbegerichtswahl aufgefordert. Der Unterstützungs-Kommission wurden außer den Geldern vom Januar 100 M. bewilligt. Nach einer kurzen Debatte über Rechtschuttsachen wurde der Kollege Rathes als Ehrenmitglied ernannt. Darauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Verein der Blätterinnen tagte am 13. Juni in Feindts Lokal, Weinstr. 11. Der Vorsitz hielt einen Vortrag über die Lohnbewegung in der Bekleidungsbranche. Dem Referat folgte eine rege Diskussion. Die Abrechnung vom Maskenball ergab eine Ausgabe von 218,25 M. und Einnahme 415,50 M., somit einen Ueberschuß von 197,25 M. Fel. Wilz als Revisorin bestätigte, alles in der besten Ordnung vorgefunden zu haben. Ferner wurden einem kranken Mitgliede 50 M. aus der Vereinskasse zugesichert. Darauf wurde auf die am 28. August stattfindende Dampferpartie nach dem Müggelsee aufmerksam gemacht. Damit schloß die gutbesuchte Versammlung.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 18. Juni seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Gaffner erstattete Bericht vom Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften. In der regen Debatte, die hierüber stattfand, wurde besonders das Thema „Gewerkschaften und Politik“ eingehend erörtert und hervorgehoben, daß die Politik, besonders die Vertretung der sozialdemokratischen Prinzipien, in den Gewerkschaften durchaus notwendig und für die gesamte Arbeiterschaft unabweisend sei. Zum Schluß fand eine Resolution einstimmig Annahme, die sich mit den auf dem Kongreß gefaßten Beschlüssen einverstanden erklärt und nur bedauert, daß von einer Besichtigung des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris Abstand genommen wurde. Endlich wurde beschlossen, im Osten Berlins eine Zahlstelle des Fachvereins zu gründen.

Verein der amtlich geprüften Maschiner, Helfschiffen für beiderlei Geschlecht Berlins und Umgegend. Versammlung am Donnerstag, den 21. d. M., abends 9 1/2 Uhr, Kolonnenstr. 11/12.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher (Bundverein Berlin). Donnerstag, den 21. Mai, abends 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Versammlung.

Vermischtes.

Aus Konth liegen folgende Nachrichten vor: Der Matrose Brant von hier sollte mit dem ermordeten Winter am Nordtag zuletzt zusammen gewesen sein; er ist jetzt, da er bisher auf der See war, in Bremerhaven vernommen worden. Er erklärte, Winter nicht gesehen zu haben. — In den beiden letzten Tagen sind durch Militär zwei Verhaftungen vorgenommen worden. Das Militär verläßt Donnerstag Konth und die Aufrechterhaltung der Ordnung wird von der Gendarmerie übernommen. — Der Untersuchungsrichter Dr. Zimmermann erläßt folgenden Aufpruch: In Sachen 4 J. 433/00 ist die Vernehmung derjenigen drei Anechte als Zeugen erwünscht, die am ersten Osterfesttag dieses Jahres mittags bei der (zur Zeit in Untersuchungshaft befindlichen) Gefindevermeeterin Köh hier selbst gewesen sind und um Verhaftung von Arbeitsgelegenheit gebeten haben. Einer derselben hat der Frau Köh für die Winterische Morbade erhebliche Mitteilungen gemacht und dabei erzählt, daß er aus Christfelde oder Parkensfelde sei. Die

Drei Personen werden aufgefordert, sich zu melden. — Das hiesige Seifenwerk hat gestern den Kaufmann Levin mit seiner gegen den Oberlehrer Dr. Hoffrichter angestrebten Selektion ab.

Brandkatastrophen. Dienstagmorgen erfolgte in den Waschräumen einer chemischen Waschanstalt zu Dresden eine fürchterliche Explosion von Benzingasen. In dem sofort in Flammen ausgehenden Raum befanden sich drei in der Anstalt beschäftigte Wäscher. Sie wurden durch den gewaltigen Druck der Explosion, am ganzen Körper brennend, durch ein zertrümmertes Fenster auf die Straße geschleudert, wo ihnen die hellausstrahlenden Kleider von herzugeströmten Arbeitern vom Leibe gerissen wurden. Sie haben sämtlich schwere Brandwunden davongetragen. — Ferner brannte in Werdau die Bigoguespinnerei von Hugo Schmelzer, eine der größten derartigen Fabrikanlagen, infolge von Selbstentzündung der Wolle vollständig nieder. In dem massiven, vierstöckigen, in der Front 28 Fenster zählenden Gebäude lagerten etwa 30 000 Bündel Wolle, die rasch ein Raub der Flammen wurden. Der Feuerschein und ein Arbeiter wurden von einströmendem Geseiß und Gemäuer verschüttet, wobei dem ersteren beide Beine zertrümmert wurden. Er verstarb bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus. In der Fabrik liefen 27 000 Spindeln; über 500 Arbeiter sind brotlos.

Eine Feuersbrunst zerstörte heute eine chemische Färberei und Waschanstalt in Montreuil-sous-Bois. Ein Kessel mit Benzin explodierte. 20 Personen wurden verletzt, darunter 6 schwer.

Das Emil Nittershaus-Denkmal wird heute in Barmen enthüllt.

Eine sächsische Ordnungsfähige. Der Landrichter Siehmann in Rößdorf ist, wie aus Leipzig gemeldet wird, unter der Anschuldigung, daß er mehr als 40 000 M. veruntreut habe, verhaftet worden.

Gestohlene Orgelpfeifen. Ein Diebstahl, von dem man jedenfalls nicht recht weiß, ob er auf Gewinnlust oder einen Racheakt zurückzuführen ist, wurde an der Chororgel des Straßburger Münsters verübt. Von dieser wurden nämlich die beiden größten Orgelpfeifen „C“ und „Cis“ herausgenommen und entwendet.

Gabriele d'Annunzio verunglückt. Der italienische Dichter und Volksheld Gabriele d'Annunzio hat vor einigen Tagen, als er in einem kleinen Wagen, den er selbst lenkte, von Florenz nach seiner Villa in Settignano fuhr, einen schweren Unfall erlitten. Er verlor plötzlich die Herrschaft über das Pferd, das mit dem Wagen über Stock und Stein davonraschte. Um nicht hinausgeschleudert zu werden, sprang der Dichter in einem geeigneten Augenblick auf die Erde, wobei er ziemlich schwere Verletzungen davontrug. Das Pferd war mittlerweile in einen Graben gesprungen, wo der Wagen vollständig zertrümmert wurde.

Eingegangene Druckschriften.

Gesundheitschutz im Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Baum, Verlag von J. S. W. Metz. Von diesem neuen Vorkursbuch sind schon Heft 1 und 2 erschienen. Aus den Gebieten, die der Gesundheitschutz behandelt wird, haben wir das nachstehende hervorzuheben: Gesundheitswesen. — Hygiene und Volkswirtschaft. — Entwicklung der Bevölkerung. — Die Abstammung des Menschen. — Von und Leben des Menschen. — Unsere Keimlinge (Bakterien). — Boden- und Wasserreinigung. — Die Wohnungsfrage. — Körperpflege. — Nahrungs- und Genußmittel. — Volkseinkommen und Volksernährung. — Gesundheitswesen. — Pflege des Säuglings und Kindes. — Ansteckende Krankheiten. — Ve-

rufrkrankheiten. — Desinfektions- und häusliche Krankenpflege. — Pflanz- und Gasmittel. — Kuppelwerk. — Rasse und Rassen. Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pf. erscheinen und in 25 Hefen komplett vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolportage entgegen. Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft.

Zur Geschichte des Verbands der deutschen Buchdrucker. Seine Entstehung, sein Wirken und seine Bedeutung. Von A. Reyer. Selbstverlag des Verbands.

Marktpreise von Berlin am 19. Juni 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Weizen, gut	D. Gr.	—	—	Kartoffeln, neue, D. Gr.	8,—	6,—
„ mittel	—	—	—	„ alte, D. Gr.	1,80	1,20
„ gering	—	—	—	„ do. Bausch	1,20	1,—
Roggen, gut	—	—	—	Schweinefleisch	1,80	1,—
„ mittel	—	—	—	„	1,80	1,—
„ gering	—	—	—	Hammelfleisch	1,80	1,—
Weizen, gut	—	—	—	Butter	2,40	1,80
„ mittel	—	—	—	Eier	60 Stück	3,00 2,20
„ gering	—	—	—	Karpfen	1 kg	—
Weizen, gut	—	—	—	Hühner	2,80	1,40
„ mittel	15,70	15,30	—	Kanarienvogel	2,00	1,20
*) Hafer, gut	15,20	14,80	—	Hühner	2,40	1,20
„ mittel	14,70	14,30	—	Hühner	1,80	0,80
„ gering	14,70	14,30	—	Hühner	2,80	1,20
Weizen, gut	7,50	7,—	—	Hühner	1,40	0,80
„ mittel	10,—	6,40	—	Hühner	1,40	0,80
„ gering	10,—	6,40	—	Hühner	1,40	0,80
Weizen, gut	45,—	20,—	—	Hühner	15,—	3,—
„ mittel	45,—	20,—	—	Hühner	15,—	3,—
„ gering	45,—	20,—	—	Hühner	15,—	3,—

Produktenmarkt vom 20. Juni. Getreide. Die Tendenz war heute matter, da Amerika (schwächere Preisermittlungen) sanfte und das Wetter noch wie vor die Ernteaussichten begünstigt. Am Frühlingsmarkt hielt sich der Verkehr in den englischen Grenzen. Offerten kamen nicht in Betracht, da inländische Futtermittel und ausländische außer Randemut sind. Mittags wurden Spekulative Herbstverkäufe, namentlich in Roggen vorgenommen, wodurch die Preise per September 1 M. nachgeben mußten, während Juni 0,75 M. gedrückt war. Auch Weizenlieferungen lagen matt, vorn 0,50, Herbst 0,75 M. niedriger. Späterhin waren beide Droisdrücke auf Deckungen erfolgt. Hafer war loco etwas schwächer, Vorkaufungen behauptet. Inbäl wird, voraussichtlich, einbaldiger Markt.

Zentraler Schlachtmarkt. Berlin, 20. Juni 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 311 Minder, 3147 Kälber, 1834 Schafe, 9932 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): 347 Rinder: a) vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtgewicht, höchstens 7 Jahre alt 00—00; b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige, höchsten Schlachtgewicht 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 40—50. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewählte Färsen höchsten Schlachtgewicht 00—00; b) vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtgewicht bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 40—48; e) gering genährte Kühe und Färsen 42—44. — Schafe: a) feinste Wollschaf (Wollschaf) und beste Sauglämmer 60—72; b) mittlere Wollschaf und gute Sauglämmer 50—55; c) geringe Sauglämmer 50—55; d) ältere, gering genährte (Fleischer) 35—40. — Schweine: a) Mastschwein und jüngere Mastschwein 62—65; b) ältere Mastschwein 56—60; c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Fleischer) 51—55; d) Gelfleischer Mastschwein (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige der feinsten Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 14 Jahren 45—48; b) Rasse 00—00; c) fleischige 42—44; d) gering entwickelte 40—41; e) Sauen 37—39.

Verkauf und Tendenz. Vom Rindermarkt blieben ungefähr 40 Stück unverkauft. Der Kälbermarkt gestaltete sich gedrückt und schleppend; auch mit Schwere überdeckt. Bei den Schafen wurde der Bestand bis auf etwa 400 Stück geräumt. Der Schweinemarkt verlief matt und schleppend und wird kaum gang geräumt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Leutenau. Eine solche „Dünne“ unbekannt. Weingerber 31. Freitag zählt nach neueren Feststellungen etwa 500 000 Seelen.

Arbeiter. Sie sollten sich zunächst wegen Entschädigung an die Gesellschaft wenden und dann mitteilen, was dort als Entschädigung angefordert wird.

G. B. 100. 1. Nein, es sei denn, daß der Betreffende bis zu seinem Tod Unterhaltungen erhalten hat. 2. Ja. 3. Das hängt vom Inhalt des Testaments ab. Werden die Kinder nicht als Erben eingesetzt, so können sie das Testament als ungültig anfechten.

Brief. Der Mörder Conrad ist im Jahre 1883 hingerichtet worden.

B. S. 67. 1. Sie brauchen Ihren Geburtschein, die Sterbe-Urkunde Ihrer verstorbenen Frau und ein Aneinandersehungsbüchlein des Amtsgerichts. Ein Beispiel für einen auf Erteilung des Aneinandersehungsbüchleins gerichteten Antrag finden Sie auf Seite 224 des Jahrgangs durch das Bürgerliche Gesetzbuch. 2. Ihre zukünftige gebrauchte Ihren Geburtschein, das mit Rechtskraft-Richt verordnete Scheidungsurteil und ebenfalls ein Aneinandersehungsbüchlein. — P. S. 100. 1. Ja, so lange, bis er durch Urteil die Unrechtheit des ihm von seiner Ehefrau geborenen Kindes hat feststellen lassen. Unabhängig für Klage auf Unrechtheit ist das Landgericht. 2. Ja, aber es muß der Gebrauch bewiesen werden. Für das Scheidungsverfahren ist das Amtsgericht, für die Scheidungsfrage das Landgericht des Bezirkes zuständig, in dem der Mann wohnt. — G. B. 35. Nein.

G. R. Berlin. Wenn die Erziehung des Kindes nach erfolgter Scheidung zugeht, hängt davon ab, welcher Teil für schuldig erklärt ist. Ist nur die Mutter für schuldig erklärt, so gebührt dem Vater, ist nur der Vater für schuldig erklärt, der Mutter die Erziehung. Sind beide Ehegatten für schuldig erklärt, so steht die Sorge für einen Sohn unter 6 Jahren oder für eine Tochter der Mutter, für einen über 6 Jahre alten Sohn dem Vater zu. — J. P. M. 1. Nein. 2. Ja 6 Jahren. 3. Der Vater braucht Folge nicht geleistet zu werden, Anspruch auf Entschädigung steht dem Verlassenen nicht zu. 4. Nein, es kommt schriftliche Erklärung an. — G. B. 100. Nein, es müssen mindestens 200 Markten vor der Ehescheidung geltend sein. — R. G. 1. Falls in Ihren Mietverträgen nicht Entgegengesetztes vereinbart ist, so muß spätestens innerhalb der ersten drei Tage des Quartals gekündigt werden. 2. Kann. 3. Wenn in Ihrem Vertrag nichts Gegenteiliges steht, genügt mündliche Kündigung. — W. 23. 1000. Sie thun gut, ein wechselseitiges Testament zu machen. Die Mutter kann auf das Minderjährigste gesetzt werden, die Schwester ist, falls sie nicht im Testament bedacht wird oder falls nicht die Errichtung eines Testaments unterlassen wird, nicht erberblich. — Z. 23. 25. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja, es sei denn, es liegt ein unbilliger Vertrag vor. 4. Auch für die Frau und der Firma gegenüber gilt der Einwand des fappabotischen Adhäs: „Wo nicht ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.“ — W. 113. 2. Ja.

Witterungsüberblick vom 20. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Zwillingen	700	Stil	—	wolkig	17	Bayreuth	768	SW	4	wolkig	13
Hamburg	759	SE	3	bedeckt	15	Leipzig	—	—	—	—	—
Berlin	760	W	1	heiter	16	Sort	755	SW	2	bedeckt	13
Frankf./M.	759	Stil	—	bedeckt	15	Aberdeen	753	SW	2	bedeckt	12
München	763	Stil	—	bedeckt	16	Paris	760	SW	2	heiter	19
Wien	762	Stil	—	heiter	18						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 21. Juni 1900. Etwas kühler, ziemlich trübe und regnerisch bei wägen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 21. Juni.
Schauspielhaus. Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Der Wikalo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Ritterwochen. Anfang 8 Uhr.
Wesien. Die Geißla. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. (Moritz Oper.) Das Mädchen des Eremiten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.
Carl Weh. Am Spieltisch des Lebens. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Sündige Liebe. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Cavalleria rusticana. Dimat. Der Troubadour. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Belle Alliance. 5 184. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum Vesuv“.

Central-Theater

Sensationeller Lacherfolg!
Berlin nach Elf.
Gr. Vöffe in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schläger: Eisenbahn-Quartett! Cordula Aufzug der Parfams. (Wiederholtes Ballett.) Morgen und folgende Tage: Berlin nach Elf.

Carl Weiss-Theater

Am Spieltisch des Lebens.
Sensationsspiel in 8 Bildern von Ritterfeld und Steiner. Anfang 8 Uhr.
Vorjünglinge haben Vortritt.

Am Spieltisch des Lebens.

Am Spieltisch des Lebens.
Sensationsspiel in 8 Bildern von Ritterfeld und Steiner. Anfang 8 Uhr.
Vorjünglinge haben Vortritt.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Morwitz-Oper.
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Das Glöckchen des Eremiten.
Romische Oper in 3 Akten von Wallard.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Amelia oder Ein Maskenball.
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
Populäre Vorstellungen
(bei halben und ermäßigten Preisen):
Czar und Zimmermann.
Sonnabend, nachmitt. 3 Uhr:
Populäre Vorstellungen
(bei halben und ermäßigten Preisen):
Das Nachtlager in Granada.
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
Die Hugenotten.

Metropol-Theater.

Täglich 9 Uhr 10 Min.

Der Zauberer am Nil.

Beste Ausstattung-Operette
Mumien-Ballett.
Vorher:
Mizi-Gizi
und das brillante
Juni-Spezialitäten-Programm
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr:
Mit sensationellem Erfolg:
Venus auf Erden.
Vorher:
Iben Obed — Frères Hoste.
Nou! Bernhard Wörbig. Nou!
Nou! Brothers Morelli — Eva Galler.
Krüger u. Kirsten.
Kosmograph.
Kaisersöffnung 8 Uhr. — Garten-Konzert 6 1/2 Uhr. — Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang: Montag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Reichshallen.

Anfang: Montag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Reichshallen.

Anfang: Montag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Reichshallen.

Anfang: Montag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Reichshallen.

Anfang: Montag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Urania

Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Vorletzte Woche!
Riesen u. Zwerge.
Von 7 Uhr ab:
Spezialitäten-Vorstellung

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Magische Wunder-Vorstellungen.
!! Eine sensationelle Neuheit!!
Neu! Neu!
Rumänische Original-Konzert-Gesellschaft
„Senescu“.
Die Helden des Transvaal-Kriegs.

Victoria-Theater.

Alexanderplatz.
Sündige Liebe.
Sittendrama in 4 Akten v. H. Steinmann.
!! Kleine Preise!!
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Im prachtvollen
Wasser-Garten
jeden Donnerstag u. Sonntag humorist. Soiree der
„Norddeutschen Quartett-Sänger“
Game, Cahnley, Waldorff.
Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Donnerstag 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag u. Sonntag im gr. Saal
Tanzkränzchen.
Tanz frei!
Donnerstags haben die im Winter ausgegebenen Vereinsbillets u. Passpartouts Vortritt.
Säle und Garten zu Festlichkeiten.
Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr an geöffnet.
4892

Arbeiter Berlins!

Von den Hünnerwälder Tabakfabriken haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter bewilligt: H. Sporn, Dietrich (Hauisch Nachf.), K. Weigel, R. Kührer, W. Enigk, O. Wessly, R. Reinke, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Hurras, R. Bär, Reinhold Kaiser, Karl Ulrich, Adolf Hartung, Paul Winkler, Max Pöschel.
Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.
Von jetzt ab steht dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntags im „Vorwärts“.

Im Zoologischen Garten

Anstaltung unserer neuesten Kolonie
Samoa
Samoanisches Dorf. — Urwald.
Eingeborne Männer, Frauen, Kinder. Dorfjungfrau. Hauptlinge. Krieger in vollen Kriegeschmuck. Spassmacher. Einzig in der Welt dasteh. Vorstellungen, unerreicht an Kraft, Gewandtheit u. Grazie. Ethnologische Sammlung ohne Extra-Entree. Geöffnet v. 9—12 u. 3—8 Uhr. Vorstellungen um 11 Uhr vorm., 3 1/2, 5, 6 1/2 Uhr nachmittags.
Entree direkt in die Ausstellung, ohne den Besuch des Zool. Gartens. Eingang an der Stadtbahn: 50 Pf., Kinder 25 Pf. Besucher des Zool. Gartens zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Belle-Alliance-Theater.

Im herrlichen Sommergarten:
Grosses Garten-Konzert.
Spezialitäten-Vorst. 1. Rang. Weltbekannte Harmonika. !! Sensationelle Neuheit!!
Im Märchenwalde.
(Geltlicher Feenpark).
Anf. 6 Uhr. Entree 50 Pf. Ende 11 Uhr.

Puhmanns

Vaudeville-Theater.
Sobhanhauser-Allee 148. Kastanien-Allee 97—99.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Künstler 1. Rang. — Im renovierten Saal: Großer Ball. — Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Deutsche Konzert-Hallen

Stadtbahnhof Börse.
Täglich:
Grossteater- und Variété-Vorstellung.
Die humoristischen Gildach, Grosch, Stammermann, Gursch, Benari.
„Die Lucca von Rigoletto“
sowie
Sergeant Schneidig und militärische Eindrücke.
Beginn der ausländischen Orchesterwoche. 6 Uhr, der Theaterabst. 8 Uhr.

Chronische Leiden

jeder Art u. h. e. Verursachung.
Institut Jost, Chausseestr. 117, l. r. 9-8, 5-9, Sonntag 9-7. Arbeiter 20 Proz. Ermäßigung.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Rübendörfer Straße 71 am Rübendörfer Platz.
Täglich **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anf. Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Speerig Radzahl. 20 Pf. Anf. Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Speerig Radzahl. 10 Pf. Hermann Imbs, Direktor.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich:
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Hunderttausend Mark
Vöffe mit Gelang in 1 Akt von G. Branne. Musik von Thiele.
Neu! Grüne Jungs. Neu!
Operetten-Vöffe in 1 Akt von Leopold G. G. Musik von Victor Dollander.
Im Saal: Großer Ball.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: **Der wilde Jäger.**
rom. Sage m. Gelang u. Tanz in 4 Akten v. Hugo Schütz, Musik v. A. Kerker. — Ballett mit Leitung d. Balletmeisterin Fel. Döring. — Auftreten d. Greco-Operetten-Vöffe v. d. Operette-Quartett, Nuber's Truppe, Kirovaten, Brothel's Orchester, Perche-Akrobaten, Fred u. Max, Ghimien. The Greenwood, Fantomime: „Die must. Schmeide“. — Konzert. — Im Saal: Ball. Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kumerierter Platz 50 Pf.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sänger
(Nährmann, Gork, Walde).
Anfang: Sonntag 7. Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets 3 Stk 1 M. Souv. nur in der Woche gültig. Sonntag und Donnerstags: **Tanzkränzchen.**

Halensee.

Sommer-„Kurfürstspark“
Ludwig Kluge.
Kunst-Veranstaltung: Direktor Oskar Wagner heute und folgende Tage:
Odysseus Heimkehr.
Bursche von Oskar Wagner. Musik von Fritz Krause. [48308]

Fabriken, Kantinen, Restaurants

Stefert nur Original-Abzug [15505]
feinestes Doppel-Weißbier
sowie 15 Sorten echte u. hiesige Biere zu Engros-Preisen. Flaschenabf. kann bei Bestellung vereinbart werden.
Reichenberger Biererei
Reichenbergerstr. 179.

Natur-Heilverfahren.

Gaut, Garn u. Wasserleiden, Frauen-Krankheiten, heilt sicher ohne Berufshinderung. [30750]
R. Wagner, (R. Wallstraße 24.)
9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Prima harte 110 Pf.

Schlackwurst
Echtes, prima hart
hiesige Schackwurst
tun, mager
bei 5 Pf. 85
fein
90

Landjunker, echt

J. Striepling, Köpfnicker,
H. Geschäft: Invalidenstr. 147.
Zum Landbau!
Gebräutes Anstalt, Weiler, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, Theer, billig! 950b

M. Rühle, Kottbuser Damm 22.

